Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1912

42 (19.2.1912)

Visual Library

Nr. 42. Karlsruhe, Montag, den 19. Februar 1912. 32. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481 Sprechstunde nur von ½12—½1 Uhr. Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128 Postcheck-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Zur Wahlgeschichte im 10. Reichstagswahlkreise Karlsruhe-Bruchsal.

(Für den „Volksfreund" geschrieben von Adolf Geck.)

Von der Redaktion unseres Parteiorganes wurde ich gebeten, ein kleines Blatt der politischen Geschichte des 10. Reichstagswahlkreises zu schreiben.

An die alten Parteigenossen des Reichstagswahlkreises, in dem ich seit einem Viertelhundert Jahren mit der Aufklärung des Volkes nicht erfolglos tätig war, ergeht die Bitte, weitere erwähnenswerte Tatsachen mir mitzuteilen und etwa unrichtige Darstellungen zu kritisieren.*)

Als das badische Volk anno 1871 zum erstenmale das allgemeine, direkte Wahlrecht ausübte und den ersten deutschen Reichstag wählen half, erschienen im Kreise Karlsruhe-Bruchsal, welcher damals 19 850 Wahlberechtigte zählte, zwei Wettbewerber auf dem Plane: der Liberalismus und der Ultramontanismus. Am Horizonte stieg schon die Wetterwolke des Kulturkampfes herauf; von der Sozialdemokratie sprach man in unseren badischen Gefilden noch wenig oder nur in bürgerlichen Kreisen als von einer Fata morgana, sozusagen von einer in der Ferne an uns vorübergehenden Erscheinung.

Um den Reichstagssitz, den die badische Residenz zu vergeben hatte, bewarb sich des Landesfürsten Bruder, der aus den bei den Feldzügen bekannte Truppenführer Prinz Wilhelm von Baden. Von den Wahlberechtigten stimmten nur 53,8 Prozent ab; 9926 Stimmen erhielt der Kandidat der „Liberalen", jener der Ultramontanen — die Bezeichnung „Zentrumspartei" war damals noch nicht üblich — blieb mit 705 weit hinter dem Prinzen zurück; unter den 34 zersplitterten Voten dürfen wohl die ersten scheuen Versuche eines sozialdemokratischen Widerspruches zu suchen sein. Nach meiner im Jahre 1872 erfolgten Niederlassung in der Residenzstadt als „Bursche, der nichts darnach zu fragen hatte", wurde mir einmal in der Geigerschen Halle oder im Kopf-Saale der erste sozialdemokratische Agitator als „etwas entsetzliches in Menschengestalt" gezeigt. Jene Sendboten des Nordens, die zur Zeit des Pforzheimer Genossen Lehmann das Evangelium des Marxismus nach Karlsruhe trugen, erkannte ich später auf Parteitagen als meine Reichstagsfraktionskollegen Kaden und Tutzauer. Prinz Wilhelm von Baden setzte sich dann im Reichstage — was seinen nationalliberalen Wählern sehr mißfiel — unter die Herren Freikonservativen (deutsche Reichspartei). Auch in der zweiten Legislaturperiode blieb der Prinz von Baden, der General der Infanterie in Karlsruhe, „liberaler" Volksvertreter im Verbande der deutschen Reichspartei. Er hatte 1874 bei einer Wahlbeteiligung von 69,7 Proz. 9748 Stimmen erhalten, das Zentrum gewann 3907, der sozialdemokratische Zählkandidat Dreesbach 627 Stimmen**) Es war die Lassalle'sche Richtung der sozialistischen Bewegung.

Entsprechend der politisch erregten Stimmung, welche die Wogen des deutschen Kulturkampfes herbeiführten, sehnten sich die Karlsruher Liberalen nach einer schärferen Waffe, als sie der Prinz von Baden im Reichstag führte. Sie erkoren bei der Wahl 1877 sich den Ministerialrat August Eisenlohr zum Reichstagskandidaten. Als Minister des Innern wurde dieser Herr, der schon als Landeskommissär die badische Saat der Sozialdemokratie auszurotten sich bemüht hatte, ein unerbittlicher Gegner unserer Partei, ein Verteidiger des Festhaltens am indirekten Landtagswahlrecht und ein Widersacher des badischen Zentrumsführers Wacker.

Eisenlohrs Kandidatur trennte die badischen „Patrioten". Die Konservativen gingen jetzt ihren eigenen Weg, traten in ein freundschaftliches Verhältnis zu den „Ultramontanen"; ein Gesinnungsgenosse Stöckers, der protestantische Pfarrer Mühlhäuser zu Wilferdingen wurde der erste Genossenschaftskandidat der „Gescheitelten und Geschorenen". Als dritte im Bunde tauchte die erste offizielle sozialdemokratische Kandidatur auf; zur Heerschau mußten die ersten Gesinnungsgenossen ihre Stimmen auf den Namen des August Dreesbach-Mannheim vereinigen, der sich agitatorisch populär gemacht hatte und durch eine Versammlungsrede über das Thema „Germania im Sattel" die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Presse erregte. Leicht war es der Sozialdemokratie in diesem Wahlkampfe nicht gemacht; es bedeutet deshalb einen Erfolg, daß ihre Stimmenzahl etwa gleich geblieben ist, als die Hetze von oben gegen den unbequemen Eindringling eingesetzt hatte. Damals stimmten 16 335 (73,4 Proz.) der Wahlberechtigten ab; davon 8252 nationalliberal, 7452 deutsch-konservativ und 618 sozialdemokratisch; 13 waren zersplittert. Die absolute Mehrheit betrug 8168 Stimmen. Mit knapper Not siegte der Kulturkämpfer Eisenlohr, der jedoch zu einer „praktischen Arbeit" im Reichstage nicht kommen konnte. Seine bürgerliche Gegnerschaft focht die Wahl erfolgreich an; der Reichstag sprach am 6. April 1878 die Ungiltigkeit aus.

Zu einer Nachwahl kam es nicht. Indessen war die Zeit angebrochen, da Bismarck eines Reichstags mit ergebenster Schutzzoll-Mehrheit bedurfte. Mit Hilfe des Attentatsschreckens gelangte der Kanzler bei der Wahl 1878 zu seinem Ziele.

In dem Wahlkampfe nach der ersten Auflösung des Reichstages erschienen im 10. Kreise wieder die drei Fechtergruppen des vorherigen Jahres: Liberale, konservativ-ultramontane Dioskuren und die Sozialdemokratie. Die Rechte griff bei der Kandidatenwahl hinein in den konservativen Adelstand: Freiherr Adolf Marschall von Bieberstein zog aus gegen den Lindwurm des Nationalliberalismus. Die Gegner unter Kiefer und Fieser fochten nicht immer kommentmäßig. Man denke daran, wie während der liberalen Versammlung in der neugebauten Festhalle zu Karlsruhe die Charakterisierung der Gegnerschaft geschah: Der kleine Lasker besäße mehr Verstand als ein Dutzend konservativer Volksbeglücker. — So etwas soll Herr Lamey hinausgedacht haben. Und dann die Fortsetzung der konservativen Genremalerei Schwarz auf Weiß mit großen Lettern auf den damals schon beliebten Wahlplakaten, welche die Wählerseelen ins Kochen bringen sollen.

Wer sich den Pfaffen will empfehlen,
Der soll nur heut' den Marschall wählen;
Wer hält des Reiches Fahn' empor,
Der wähle Herrn Eisenlohr.

Also so etwas, wie mans später in Berlin auf einer anderen Walze vorspielen hörte, eine Poesie gegen die Rotte von Menschen, die nicht wert ist, Deutsche zu heißen. Sitzt nicht dieser Herr v. Marschall heute auf dem deutschen Botschafterposten in Konstantinopel? Item; er machte 1878 den nationalliberalen Hochpatrioten das Siegen recht schwer, dieser Mannheimer Staatsanwalt v. Marschall, der Grundherr zu Neuershausen im Breisgau und spätere badische Diplomat im Bundesrate.

Bei 23 088 Wahlberechtigten wurden nur 16 913 Stimmen (73,4 Prozent) abgegeben. v. Marschall erhielt 8150, der nationalliberale Eisenlohr 7982, der gehetzte Sozialdemokrat 758; zersplittert waren 23 Stimmen. In der engeren Wahl (81,2 Proz. Abstimmende) siegte Herr von Marschall mit 10 068 Stimmen über seinen Gegner, der nur 8587 zählte.

Wir bekamen das Sozialistengesetz und den Anfang der Wucherzöllnerei; davor würde auch der „liberale" Eisenlohr das deutsche Volk nicht beschützt haben. Jetzt wurde der Titel „vaterlandslose Gesellen" im Rate der Götter für eine andere Parteirichtung parat gehalten.

Es kam die erste Wahl unter der glorreichen Herrschaft des Sozialistengesetzes; 1881, wo alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vereine aufgelöst, die gesamte Parteipresse vernichtet war. Da wollte für sich die bürgerliche Demokratie die Situation ausnützen. Die süddeutsche Volkspartei, die Sonnemannsche Demokratie, hatte sich aufgerafft und zog das alte Schwert von 1848/49 aus der Scheide. Auch im Wahlkreise Karlsruhe-Bruchsal erschien diese Volkspartei mit einem Kandidaten, obschon die Sozialdemokratie wieder ihre wachsende Kraft durch Aufstellung ihres August Dreesbach zu zeigen bereit war. Es kam als vierter Mandatsbewerber der demokratische Kandidat Hauptmann a. D. v. Ehrenberg, ein badischer Artillerieoffizier aus dem Feldzuge von 1870/71. Die Liberalen griffen bei dieser Konkurrenz zu einer linksliberalen Nummer und gewannen den Karlsruher Bankier Karl August Schneider, einen Hauptmann a. D., zu ihrem Helden, der den Ritter von Marschall herunter holen sollte vom stolzen Rosse. Das gelang aber nicht auf den ersten Anlauf; es mußten im zweiten Waffengang die roten Wähler dem liberalen Schneider die Lanze gegen den Kandidaten der vereinigten Liberalen stoßen helfen. Ehrenberg erhielt 1701 St.*) Bankier Schneider 5999; die vereinigten Konservativen und Ultramontanen brachten es auf 5050; die Sozialdemokratie vereinigte 1701 Stimmen im 10. Kreise auf den Namen Dreesbach; das ist nahezu die Hälfte aller für die „Gehetzten" im Lande Baden damals abgegebenen Stimmen. Unter den Landgemeinden zeichnete sich neben der Residenz mit ihren 872 Stimmen schon Hagsfeld mit 21 Sozialdemokraten aus. Was ein Haken werden wollte, krümmte sich bei Zeiten. Es waren nur 13 Stimmen zersplittert.

In der Stichwahl siegte dann der Bankier Schneider mit 9613 Stimmen über den Freiherrn v. Marschall dem 7228 Stimmen zugefallen waren. Es stimmten also 16831 Wähler ab. Es hieß dann, Freund Stöcker, der Hofprediger, sei doppelt gewählt und bereit, für den einen Reichstagsstuhl als Kandidaten den vom Durchfall belästigten badischen Marschall zu empfehlen.

Gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes haben sich die badischen Nationalliberalen von der Sorte der Schneider, Schuck und Sander keine Mühe gegeben; es existiert ein launisches Gedicht aus jenen Tagen, das die parlamentarische Tätigkeit jener drei badischen S-Brüder am Erfrischungsbuffet des alten Reichstages schildert. Ich erinnere mich nur an die Schlußzeilen der Strophen:

Herr Schuck, Herr Schneider, Sander,
Sie tranken miteinander.
Und Schneider, Sander, Schuck,
Nahm jeder einen Schluck.
Doch Schuck und Sander, Schneider,
Sie tranken immer weiter.

Wäre diese humoristisch gepriesene Beschäftigung die einzige der liberalen Reichstagsabgeordneten gewesen, so müßte sie sicher die Unzufriedenheit des Rechtsanwaltes Frühauf erregen, der einen größeren Wert auf das Reden legt.

Das nächste Wahljahr 1884 vermehrte die Zahl der Mandatsbewerber im 10. Kreise auf 5. Das Zentrum fühlte sich durch den Bismarckschen Kulturkampf, der schon auf das Canossagleis geschoben wurde, so erstarkt, daß es auch bei der Reichstagswahl nicht mehr hinter dem Junkerwagen als Jagdtreiber dahermarschieren wollte. Es bewarb sich nun um das Mandat und schob den Redakteur des „Bad. Beobachter", Pfarrer Gerber, in die parteipolitische Arena.

Jetzt lawierten die Nationalliberalen sofort nach rechts ließen ihren Bankier Schneider fallen und erkoren den offiziösen Herrn Obermedizinalrat Dr. Arnsberger zum Reichstagskandidaten. Die Konservativen verfielen auf die Taktik der Mittelstandspolitik; dazu stellten sie als Kandidaten einen Handwerker, den Bauunternehmer Reiß, auf. Die deutsche Volkspartei, welcher als gut verbreitetes Organ der „Bad. Landesbote" zur Seite stund, brachte in der Person des Dr. jur. Lipp, Schwiegersohn des schwäbischen Demokratenführers Karl Mayer und gewandten Agitator, unter die Kandidatenserie. Die Sozialdemokratie hielt an der Kandidatur Dreesbach fest und hatte damals den „Volksfreund" als einziges Blatt zur Mitwirkung bei der Agitation auf ihrer Seite. Welch unerwarteter Erfolg! 3010 sozialdemokratische Stimmen! Das Resultat lautet:

Nationalliberale	5130
Konservativen	2098
Sozialdemokratie	3010
Zentrum	3297
Volkspartei	1733
Zersplittert	13
	15281

der liberale Kandidat Dr. Arnsberger mußte mit dem katholischen Pfarrer Gerber den Stichwahlkampf ausfechten, in welchen beinahe Dreesbach gekommen wäre. In ihrer Verzweiflung flehten die Liberalen die bisherigen konservativen „Reichsfeinde" um Rettung an und siegten so mit 10 500 Stimmen über die vereinigte schwarz-rot-goldene Gegnerschaft. Die Sozialdemokratie war gleich den Volksparteilern für das Zentrum eingetreten, dessen Kandidat Gerber allerdings viel zu wünschen übrig ließ. Nationalliberale 10 175 Stimmen, Zentrum 8448.

Nun blieb der Freundschaftsbund der badischen Liberalen und konservativen Pietisten fest verankert. Vor 25 Jahren — am 21. Februar 1887 — am berühmten Faschingsmontag — wurde die Hurrawahlschlacht

*) Die „Badische Landeszeitung" Nr. 40 vom 24. Januar enthält eine Zusammenstellung der Wahlergebnisse; dabei ist nicht berücksichtigt, daß der Reichstag 1878 aufgelöst wurde. Es fehlt auch der Hinweis darauf, daß Freiherr Göler v. Ravensburg 1868 für Karlsruhe im konstituierenden Reichstage war.

**) Diese Zahlen sind dem Statistischen Jahrbuch des Dr. Philipps entnommen.

*) Ehrenberg stund später in Zürich in Verbindung mit dem Tischler Schröder, der gleich ihm ein Polizeispitzel war. Am 26. Dezember 1887 stellte sich Ehrenberg bei der Staatsanwaltschaft Freiburg; am Abend wurde er zu Karlsruhe in das Militärgefängnis eingeliefert.

geschlagen; der Staatsanwalt und Landgerichtsrat Fieser (Karlsruhe) mußte als Kandidat der damals schon dem Tode geweihten Bismarckschen Gewaltpolitik die Sturmfahne der Reaktionäre tragen, während Zentrum und Demokraten gemeinsame Sache machten und für Dr. Lippe (nicht zu verwechseln mit Herrn Lippe, Redakteur des „Bad. Landesboten") eintraten. Die sozialdemokratische Partei hatte sich beim Beginn der Wahlagitation in Karlsruhe eine Organisation geschaffen und ernannte den Redakteur und Verleger des Offenburger „Volksfreund" des Parteiorgans, Genosse Adolf Geck, zum Kandidaten. Nun begannen die um Fieser gescharten Reaktionäre im Bunde mit der badischen Regierung und ihrer Polizei einen gewalttätigen Kampf gegen die Sozialdemokratie; dem Kandidaten wurde schließlich das Reden in jeder Versammlung verboten.

Aber auch das „unnatürliche Bündnis zwischen Demokraten und Ultramontanen" — wies die nationalliberale „Bad. Landeszeitung" bezeichnete — bekam bei der Regierungspartei seine Schläge. An der Seite der Marschallianer entdeckten nun die Liberalen den mangelnden Intellekt bei der neuesten Gruppierung der bürgerlichen Gegnerschaft, ohne schamrot zu werden. Wir sehen übrigens, daß die Liebe des Zentrums zu den bürgerlichen Demokraten eine alte ist, die nicht rostete; sie feierte neulich im 10. Kreise das 25jährige Jubiläum. O schöne Zeit der jungen Liebe! Aber der Wahlsieg fiel dem nationalliberalen Staatsanwalt Fieser zu.

Der Franzosenschrecken, die Angst vor dem Melinit und vor den Turkos trieb 83,5 Prozent der Wahlberechtigten oder 21 478 Wähler schon im ersten Wahlgang an die Urnen. Der nationalliberal-konservative Vaterlandsretter Fieser siegte sofort mit 12 343 Stimmen: Dr. Lipp erhielt 6343, der Sozialdemokrat Geck 2736; es waren nur 6 zersplittert. Die sozialdemokratischen Stimmen kamen nur von Arbeitern, die zu uns gehörten.

Stellen wir für die bisherige Ausführung die Entwicklung der Sozialdemokratie im 10. bad. Reichstagswahlkreis ziffernmäßig dar:

1874 . . .	627 /	1881 . . .	1701
1877 . . .	618 /	1884 . . .	3010
1878 . . .	758 /	1887 . . .	2736

Im nächsten Aufsatze soll die Entwicklung unserer Partei nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes dargestellt werden.

Sozialdem. Initiativ-Anträge im Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am 14. Februar die erste Serie Initiativanträge eigebracht. Sie zerfallen zunächst in zwei Gruppen: Anträge staatsrechtlicher Natur, die auf eine Erweiterung der Rechte des Reichstages hinauslaufen, und sozialpolitische Anträge. Nachstehend geben wir den Wortlaut der Anträge:

1. Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz:

In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

2. In Art. 11 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches sind hinter den Worten (Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung) „Des Bundesrats" einzuschalten „und des Reichstages" (erforderlich).

3. In Artikel 17 werden die Worte: (des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt, gestrichen.

Hinter Artikel 17 sind folgende Bestimmungen einzufügen:

Artikel 17a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

(In weiteren Artikeln 17b bis 17i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Anklage des Reichskanzlers, Verfahren gegen ihn, Schadenersatz usw. gegeben.

4. In die Verfassung des Deutschen Reichs wird nach Artikel 23 nachfolgender Artikel eingefügt:

Artikel 23a.

Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klarstellung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren.

Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeitversäumnisse und Auslagen Entschädigungen, deren Höhe reichsgesetzlich festgestellt wird.

5. Dem Artikel 30 der Reichsverfassung werden folgende Sätze hinzugefügt:

Demgemäß sind die Mitglieder des Reichstags auch berechtigt, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern. Gegenstände, die ein Mitglied des Reichstags in dieser Eigenschaft erhalten hat, und die sich in seinem Besitz oder seiner tatsächlichen Gewalt befinden, sind der Beschlagnahme entzogen. Dasselbe gilt von den Aufzeichnungen, die Mitglieder des Reichstags in dieser Eigenschaft gemacht haben.

Der Artikel 31 der Reichsverfassung erhält folgende Fassung:

Artikel 31.

Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Auf Verlangen des Reichstages muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs-, Straf- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

§ 52 der Strafprozeßordnung erhält folgende Zusätze:

Zu Absatz 1: „4. Mitglieder des Reichstages, eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reich gehörigen Staates und Mitglieder eines kommunalen Vertretungskörpers in Ansehung dessen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist."

6. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens acht Stunden festgesetzt und der Samstagnachmittag freigegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden.

7. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage möglichst bald eine Gesetzesvorlage zugehen zu lassen, durch welche eine Reichsbehörde gebildet wird zur Untersuchung von Unfällen beim Bergbau und zur Anordnung von vorbeugenden Maßnahmen gegen Unfälle.

Die Untersuchungsbehörde soll bestehen: a) aus vom Bundesrate zu ernennenden Sachverständigen des Bergbaues; b) aus vom Reichstage zu wählenden Beisitzern; c) aus von Bergarbeitern zu wählenden Vertrauensleuten.

8. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der in Theater-Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singspiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen für das ganze Reich geregelt werden.

9. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund § 120f der Gewerbeordnung eine Verordnung zu erlassen, welche

1. für die in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter die Dauer der Arbeitsschicht auf 8 Stunden des Tages beschränkt und in Glashütten die Nachtarbeit an den Glashöfen behufs Verarbeitung der Glasmasse und an den Strecköfen das Strecken verbietet;

2. in Glashütten das Arbeiten an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der erforderlichen Unterhaltung des Feuers an den Oefen, allgemein verbietet und anordnet, daß an Wochentagen die Arbeit an Glas- und Strecköfen, bei denen Schichtenwechsel eingeführt ist, die erste Schicht nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und die zweite nicht nach 10 Uhr abends enden darf.

10. Abänderung des Gesetzes betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes vom 21. Juni 1869.

Im § 4 wird die Nummer 4 dahin geändert:

4. insoweit der Gesamtbetrag der Vergütung (§§ 1, 3) die Summe von 2500 Mark (statt gegenwärtig 1500 Mk. überstiegen hat.

11. Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die für gewerbliche oder andere Unternehmungen errichteten Pensionskassen unter Beobachtung folgender Grundsätze für das ganze Reich einheitlich geregelt werden:

1. Festsetzung einer Maximalgrenze der Eintrittsgelder und Beiträge. Die Beiträge der Unternehmer haben mindestens 50 Prozent zu betragen;

2. Selbstverwaltung der Kassen durch Vertreter der Mitgliedschaft unter Teilnahme der Werksvertretung. Doch muß die Arbeitervertretung entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung der internen Kassenverhältnisse haben. Die Wahl der Arbeitervertreter hat auf Grund des geheimen, direkten Wahlrechts zu erfolgen. Das Wahlrecht ist allen aktiven, invaliden und freiwilligen Kassenmitgliedern zu erteilen. Beamte dürfen nur als Unternehmervertreter zugelassen werden. Durch Entlassung aus der Arbeit darf dem Arbeitervertreter das Mandat nicht verloren gehen;

3. Sicherung der erworbenen Pensionsansprüche, nach freiwilliger oder unfreiwilliger Aufgabe der Werksarbeit, durch Zahlung einer mäßigen Anerkennungsgebühr, oder freiwillige Zahlung des früheren Beitrages; im letzteren Falle entsprechende Steigerung der Pensionsansprüche. Gegenseitigkeitsverhältnis der Kassen. Rückzahlung der Einzahlungen, abzüglich der Verwaltungsunkosten, an solche ausscheidenden Mitglieder, die mehr als 200 Wochen-Beiträge zahlten und nicht mehr aktive oder freiwillige Mitglieder ähnlicher Kassen werden können;

4. Ausschluß der Anrechnungsfähigkeit von Unfall- oder Invalidenrenten oder Militärpensionen, sofern die Gesamtbezüge nicht den Durchschnittslohn übersteigen, den das betreffende Mitglied in den letzten 10 Jahren verdient hat.

12. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf betr. Regelung des Wohnungsgesetzes vorzulegen, insbesondere Normativ-Bestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinspektion, sowie Schaffung eines Reichs-Wohnungsamtes.

Deutsche Politik.

Die Konstituierung des Reichstagspräsidiums ist dem Kaiser schriftlich angezeigt worden. Ein Berliner Mittagsblatt meldet: „Das Schreiben, in dem der Reichstagspräsident dem Kaiser die Konstitutionierung des Präsidiums anzeigt, ist gestern (Donnerstag) an den Kaiser übermittelt worden. Die Frage wegen der Abgabe der Visitenkarten der Präsidenten bei Hofe wird demnächst entschieden werden." Der ganze Lärm um die persönliche Meldung der Präsidenten beim Kaiser ist — sofern diese Nachricht zutrifft — also wieder einmal ganz überflüssig und sinnlos gewesen.

Andreas Vöst.

Bauernroman von Ludwig Thoma.

54

(Fortsetzung.)

Und draußen im Saale ging der Ball weiter.

Merkle sah mit Zufriedenheit, daß der Ton lebhafter wurde. Die jungen Herren suchten nicht mehr mit schmerzverzerrten Gesichtern nach Unterhaltungsstoffen; die Mädchen zeigten nicht mehr die Mienen, welche sie für Kondolenzbesuche gelernt hatten; sie waren dankbar für jedes scherzhafte Wort und belohnten es mit hellem Gelächter. Sylvester war mitten im Strudel und holte sich von allen Seiten Anerkennung und Lob.

Eine Française ließ er aus und betrachtete das hübsche Bild als Zuschauer. Schratt suchte ihn auf.

„Na, Sie Tausendsassa! Unterhalten Sie sich gut?"

„Es ist wundervoll. Wie gefällt es Ihnen?"

„Geht so. Herr Sporner wird allmählich gesprächig. Wir sind jetzt bei der Teestaude."

„Hat er etwas von mir gesagt?"

„Von Ihnen? Nein."

„Haben Sie . . .?"

„Ich? Auch nicht."

„Ich meine, ob Sie . . ."

„Ob ich Ihr Loblied gesungen habe? Das hätte doch ein bißchen verdächtig ausgesehen, Verehrtester. Sie wissen, daß die Absicht verstimmt, wenn man sie merkt."

„Das habe ich nicht fragen wollen. Sondern, ob Herr Sporner es nicht sonderbar findet, daß ich hier bin?"

„Er? Der Herr Michael Sporner?"

„Oder seine Frau?"

„Die Frage ist eher berechtigt. Ich habe übrigens nicht bemerkt, daß sie Ihre Anwesenheit mißbilligt. Vielleicht denkt sie, der junge Mann will die Welt sehen, bevor er sich von ihr abkehrt."

„Hat sie darüber gesprochen?"

„Nein."

„Oder Andeutungen gemacht?"

„Auch nicht. Sie wollen offenbar herauskriegen, was an unserem Tisch geredet wurde. Ich sage Ihnen ja, wir sind jetzt bei der Teestaude."

„Was werden Sie von mir denken, wenn sie das erfahren?"

„Daß Sie der Gottesgelahrtheit den Rücken kehren?"

„Ja. Am Ende glauben sie, daß ich aus Vergnügungssucht weggehe?"

„Hm. Ich kann Ihnen nicht verschweigen, daß Sie merkwürdig viel Talent verraten für das Treiben dieser Welt. Ich habe Sie beobachtet. Ich bin paff."

„Im Ernst, Herr Schratt, glauben Sie, daß man mir das übel auslegen kann, daß ich den Ball besucht habe?"

„Man? Wer „man"? Ich glaube, daß Fräulein Traudel deshalb nicht an Ihrem Charakter zweifelt, auch Herr Michael Sporner scheint eine milde Auffassung zu hegen, und Madame Sophie . . ."

„Die wird mich für leichtfertig halten."

„Und Madame Sophie ist eine sehr kluge Frau; sie hat mehr Verstand als mancher weise Mann. Das kann Ihnen einmal nützen in ernsteren Dingen und wird Ihnen nicht schaden, wo es sich um solche Kleinigkeiten handelt."

„Sie glauben . . .?"

„Heute gar nichts, Silvester. Ich wollte nur sagen, daß Frau Sophie zu den Menschen gehört, deren Achtung man sich durch Tüchtigkeit verdienen kann. Das liegt für Sie in weiter Ferne, aber daß es möglich ist, bedeutet auch etwas. Jetzt wollen wir dem Tanze zusehen."

Silvester war nachdenklich geworden. Er blickte zerstreut in den Saal.

Merkle kommandierte:

„La main droite! La main gauche! Balances en ligne!"

„Zu meiner Zeit hat man das noch getanzt," sagte Schratt; „die jungen Leute gehen ja nur. Wer ist denn der lange Sohn Enaks dort vorne? Wenn der nur das Mädchen nicht tot tritt!"

„Das ist der Hufnagel."

„Der Philologe? Das hätte ich ahnen können. Die Herren haben sich seit meiner Zeit nicht verändert."

Nach dem Kotillon erklärte Frau Sporner, daß man den Heimweg antrete. Schratt und Silvester schlossen sich an.

Als sie im Freien waren, erbarmte sich der alte Herr über seinen Freund und sagte, in dieser milden Februarnacht wolle er noch ein wenig spazieren gehen und die Familie begleiten.

Er rundete seinen Arm und bot ihn der Madame Sophie an; zu ihrer Rechten ging Herr Michael.

Traudel und Silvester schritten voran.

„Ich werde immer an den Abend denken," sagte Silvester.

„Ja, es war sehr hübsch."

„Das ist jetzt vorbei. Wer weiß, wann ich wieder einmal . . ."

Er sprach den Satz nicht aus und seufzte.

Er hatte sich vorgenommen, dem Mädchen zu sagen, welche Pläne er für die Zukunft gefaßt habe. Er wollte ihr sagen, daß er nicht Geistlicher werde.

Während des Kotillons wollte er dieses Geständnis machen. Da war eine günstige Gelegenheit. Aber Traudel plauderte so lustig, und da wollte er nicht mit ernsten Dingen kommen. Nach dem Tanze vielleicht.

Es ging wieder nicht. „Also auf dem Heimwege," dachte er.

Und jetzt ging er wieder neben dem Mädchen und fand wieder nicht den Mut.

Der Weg war sehr kurz. Wenn sie um das Eck bogen, kamen sie schon in die Rosengasse.

Er sah nach den Hausnummern. 38. Wenn sie bei 34 waren, wollte er reden.

Aber da kam 34 und kam 30, und er brachte es noch nicht heraus.

Nun merkte er, daß er die ganze Zeit stumm geblieben war.

Und da vorne kam schon das Eck.

„Fräulein Gertraud . . ."

„Ja."

„Wenn Sie etwas von mir hören, werden Sie deswegen nichts Schlechtes von mir denken?"

Ein Stelldichein der Durchgefallenen. Die Antisemiten hielten am 18. Februar in Kassel eine Art Heerschau ab. Redner sind die Durchgefallenen: Lattmann, Raab und Henningsen. Sie reden über den verflossenen Wahlkampf, über die Arbeit im Reichstag und über den kommenden Wahlkampf. Sie nennen diese Tagung eine erweiterte Gesamtvorstandssitzung und kleiden die Einladung in die Form:

„Bei der Wichtigkeit der vorstehenden Tagesordnung bitten wir nicht nur alle Wahlkreis-, Ortsgruppenvorsitzenden, Vertrauensmänner und alle Kandidaten, sowie unsere Abgeordneten aus dem Reichstage, aus Landtagen und aus Gemeindevertretungen, sondern alle eifrigen Mitstreiter zu erscheinen."

Damit wird also die ganze antisemitische Partei zu einer — Vorstandssitzung eingeladen!

Bodmanismus in Sachsen. Seit der badische Minister v. Bodman die Sozialdemokratie als eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes bezeichnet hat, haben die Reaktionäre den Begriff: „Bodmanismus" geprägt. Unter diesem Begriff, der einen starken denunziatorischen Beigeschmack hat, bringt man jede Aeußerung eines Ministers, die auch nur entfernt so gedeutet werden könnte, als wolle sie der Sozialdemokratie Gerechtigkeit wiederfahren lassen. In dieser Form der Denunziation hat es insbesondere die „Deutsche Tageszeitung" zu einer wahren Virtuosität gebracht. Die neueste dieser Denunziationen geht dahin:

„Nicht nur, daß sich die Minister bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit beeilen, der Sozialdemokratie gewisse Schmeicheleien zu sagen, — der Kultusminister z. B. hält es für angebracht, bei einer ganz geringfügigen Debatte über den Rückgang des Besuchs der Gemäldegalerie hervorzuheben, der sozialdemokratische Redner sei der einzige im Hause, gewesen, der den richtigen Grund des Rückgangs der Besucherzahl „herausgefühlt" habe, während die Redner der übrigen Parteien sämtlich „fehlgegangen" seien und der Minister des Innern glaubt bei einer Rede eines sozialdemokratischen Tischlermeisters versichern zu müssen, ihm habe diese Rede einen „ästhetischen Genuß" bereitet, — auch in der Sache selbst machen die Regierungsvertreter oft unverständliche Zugeständnisse, so beispielsweise in einer Kommissionssitzung, wo es sich um die Anstellung von Arbeiterassistenten bei den Gewerbeinspektionen handelte. Sachsen will in Zukunft dem Beispiele der süddeutschen Staaten folgen und den Fabrikinspektoren Assistenten beigeben, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind. Allerdings soll sichs dabei nur um einen Versuch handeln, von dem es abhängen soll, ob man solche Arbeiterassistenten weiter einführen will. Ganz naturgemäß kam es hier zu einer Debatte, in deren Verlaufe die bürgerlichen Abgeordneten verlangten, die Arbeiterassistenten sollten nicht aus den organisierten, d. h. den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern entnommen werden. Diese Bemerkung veranlaßte ein sozialdemokratisches Mitglied der Kommission zu der Aeußerung, seiner Meinung nach brauche sich die Regierung nicht zu genieren, auch mit organisierten Arbeitern Versuche zu machen, — eine Aeußerung, die naturgemäß besonders auf der rechten Seite scharfen Widerspruch hervorrief. Was tat hierbei aber die Regierung? Sie beeilte sich zu erklären, die Regierung sei paritätisch, sie stehe über den Parteien, sie werde bei der Anstellung der Arbeiterassistenten nicht nach dem politischen Glaubensbekenntnis fragen, sondern die Anstellung ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung vornehmen."

Der Erguß schließt dann:

„Eine Regierung, die so paritätisch ist, daß sie auch die geschworenen Feinde der Staatsform zu Beamten macht, kann sich über die ungeheure Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht wundern. Ein Wunder, daß in Sachsen nicht noch mehr rote Wähler vorhanden sind!"

Soll Sachsen nicht bald auch noch der Charakter eines bürgerlichen Staates abgesprochen werden, dann muß mindestens der Knuten-Oertel als Ministerpräsident nach Sachsen berufen werden, seinem Heimatlande, in dem man ihn als Reichstagsabgeordneten nicht mehr haben wollte.

Die rote Fahne auf dem Maskenball. Die sächsische Polizei hat für den süddeutschen Karnevalstrubel einen guten Witz beigesteuert — allerdings unfreiwillig, denn in Sachsen hat man keinen Sinn für Maskenhumor, wie das folgende Geschichtchen beweißt:

In dem Dorfe Deuben bei Wurzen erschien auf dem öffentlichen Maskenball eine weibliche Maske, die eine rote Fahne schwang. Folge: Ein polizeilicher Strafbefehl, in dem es heißt:

„Laut Anzeige sind Sie beschuldigt, am 26. d. M. bei dem im Hötzschen Gasthof zu Deuben stattgefundenen öffentlichen Maskenball **eine rote Fahne mit der Inschrift: „Hoch lebe die Freiheit, Proletarier (110) aller Länder vereinigt euch!"**, mithin ein **republikanisches Abzeichen** getragen, die **Fahne** auch fortgesetzt hoch über den andern Teilnehmern des Maskenballs **geschwenkt** und dadurch **Aergernis** erregt, sowie groben Unfug begangen zu haben. Beweismittel: Zeugnis des Gendarmeriebrigadiers Kaps in Wurzen, der Gutsbesitzer Paul und Oskar Hörig und Streller, der Hausbesitzer Müller und Lichtenberger in Deuben.

Auf Grund von § 360 Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzes, verbunden mit der **Verordnung vom 14. Juni 1849** und § 5 der Verordnung vom 6. Juli 1904 wird daher gegen Sie hierdurch eine Geldstrafe von **20 Mk.** und Bezahlung der erwachsenen Gebühren mit der Maßgabe festgesetzt, daß im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe an deren Stelle Haft in Dauer von zwei Tagen zu treten hat."

Zum Schluß wird noch mitgeteilt, daß die Fahne in sicherheitspolizeilichem Interesse zur Vermeidung weiterer derartiger Handlungen in Verwahrung genommen ist. — Nun wird wohl Sachsen wieder ruhig sein.

Ausland.

Schweiz.

Die Reichstagspräsidenten-Komödie wird wohl kaum in einem Lande so wenig verstanden werden, wie gerade in der Schweiz. Dort ist man, so wird uns von unserem Korrespondenten aus Zürich geschrieben, gewiß noch weit entfernt von jener Demokratie, wie wir sie uns erträumen — und auch von der vollen Gleichberechtigung der Sozialdemokraten. Aber daß dort ein Bürgerlicher ein Parlamentspräsidium verschmähte, nur weil auch ein Sozialdemokrat im Präsidium sitzt — das kommt selbst in der Fastnachtszeit nicht vor. Im Gegenteil! In der Schweiz herrscht vielfach der umgekehrte Zustand als in Berlin: Die Bürgerlichen kommen dort — natürlich aus schlauer Berechnung heraus — den Sozialdemokraten viel weiter entgegen, als hier und als für die Partei gut ist. Man glaubt mit dieser Taktik die Kanten des Klassenkampfes etwas abschleifen zu können und ist auch etwas empfindlicher, als die robusten Schwarzblauen in Deutschland gegenüber dem Vorwurf der Parteilichkeit. Andererseits bedarf man in anderen Fällen viel öfter als anderswo der Hilfe der Arbeiterstimmen, sodaß es etwas ganz Selbstverständliches geworden ist, im großen und ganzen der Sozialdemokratie eine Vertretung in den Parlamentspräsidien usw. zuzugestehen. Da, wo man versucht, die Sozialdemokraten auszuschalten, verbrennt man sich in der Regel die Finger.

So ist es in den fortgeschritteneren Städten Sitte, daß die Sozialdemokraten, ihrer Fraktionsstärke entsprechend, in den Präsidien der Stadtverordnetenversammlungen (die „Großer Stadtrat" heißen) vertreten sind und daß je ein Vertreter der Fraktionen je ein Jahr abwechselnd das Präsidium führt. So leitet zurzeit die Verhandlungen des Großen Rats in der Bundeshauptstadt der Genosse Schneeberger, Zentralsekretär des Metallarbeiterverbandes. Im vorigen Jahre war er Präsident des Kantonsrats (Landtag) und war und ist doch „nur" ein Proletarier von echtem Schrot und Korn, leitet die Verhandlungen auch im Dialekt und ist im Frack glücklicherweise einfach unmöglich. — In Basel war im Vorjahre der Genosse Jäggi, Beamter des sozialdemokratischen Konsumvereins, Präsident des Großen Rats; in Zürich leitete wiederholt Genosse Robert Seidel die Verhandlungen, im Kanton Solothurn ist zurzeit Genosse Advokat Dr. Affolter Präsident des Landtags, in St. Gallen war ein Sozialdemokrat jahrelang Regierungspräsident, also Chef der Landesregierung. In Zürich und Basel sind zurzeit die Polizeipräsidenten Sozialdemokraten, in den Regierungen von Bern, Basel, Zürich und St. Gallen sind die Sozialdemokraten mit nicht weniger denn sechs Regierungsräten (Ministern) vertreten und verzichten freiwillig auf noch weitere Vertreter — usw. In Bern, Zürich, Winterthur, Biel, St. Immer, Basel, Rorschach, Bellinzona, La Chaude-de-Fonds, Le Locle und Schaffhausen hat unsere Partei nicht weniger denn 21 Vertreter in den Stadtregierungen, d. h. besoldete Stadträte (Bürgermeister) usw. Und schließlich: Als bei den letzten Parlamentswahlen im November 1911 unsere Fraktion von 6 auf 15 stieg, erhielt sie ohne weiteres (nachdem die Mehrheitspartei nur aus lächerlicher Kinderei zwei Wahlgänge provozierte) einen Sitz im Präsidium, obwohl die Sozialdemokraten im Nationalrat nur 15 unter 189 sind. In den Bezirksgerichten, in den Obergerichten, ja sogar im Bundesgericht, welches ungefähr unserm Reichsgericht entspricht, sitzen sozialdemokratische Richter, Oberrichter, Untersuchungsrichter und Friedensrichter. Im Präsidium der Universität der Bundeshauptstadt Bern sitzt ein Sozialdemokrat, der zugleich Inhaber der wichtigsten Professur dieser Hochschule ist, der Genosse Prof. Dr. Reichsperger an der Universität Zürich ist ein Sozialdemokrat, der Genosse Robert Seidel, Pädagogik und Literatur — ähnliche „Abnormitäten" könnten wir noch viele aufführen. Und die Schweiz geht dabei nicht nur nicht zu Grunde, sondern blüht und gedeiht besser, als wenn man die Vertreter des Proletariats beiseite stieße. Ja, es ist in den letzten Jahren häufig von Gegnern unserer Partei konstatiert worden, daß man mit der Mitarbeit der Sozialdemokraten die allerbesten Erfahrungen gemacht habe. Wilhelm II. kann sich, wenn er im Herbst kommt, auch persönlich davon überzeugen! Er wird ja sowieso nicht darum herum kommen, bei diesem Besuch auch Sozialdemokraten in seiner Nähe zu sehen.

Oesterreich.

Verleumdungen gemeinster Art gegen den verunglückten Genossen Franz Silberer streut jetzt die christlich-soziale Presse Oesterreichs aus und auch einige deutsche bürgerliche Blätter haben es fertig gebracht, diese Verleumdungen zu verbreiten. In der österreichisch-sozialen „Reichspost" wurde am 1. Februar geschrieben, es sei gegen Silberer Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht, denn er habe anvertraute Gelder unterschlagen und sei nach dem Ausland geflüchtet. Dieser berechnete freche Angriff sollte nicht bloß das Andenken Silberers beschimpfen, es sollte vor allem auch das Vertrauen der Bäckereiarbeiter zu ihrer Organisation, die sich eben zu großen Kämpfen rüstet, erschüttern. Gegenüber diesem unglaublich niederträchtigen Vorgehen konstatiert unsere Bruderorganisation in Flugschriften, daß Silberer überhaupt nur die Gelder der Bäckerzeitung verwaltete und am 22. Januar die Kontrollkommission des Verbandes im Beisein einiger Vorstandsmitglieder durch einen Schlosser die Tischkästen Silberers öffnen ließ, eine Revision vornahm und alles in bester Ordnung fand. Am 24. Januar wurde darauf noch die gesamte Kassengebarung des Verbandes kontrolliert und auch hier ergab sich die größte Ordnung.

Die österreichische Organisation ist aber den Verleumdern, die sich bisher feig in den Mantel der Anonymität hüllten, auf der Spur und wird sie zu züchtigen wissen.

Frankreich.

Sozialisten und Freimaurer. Der Verband der geeinigten Sozialisten des Departements Saône-et-Loire beschloß, seinen Mitgliedern den Eintritt in die Freimaurerloge zu untersagen.

Südafrika.

Eine Postverbindung mittels Flugmaschinen. Der vor einiger Zeit versuchsweise eingeführte Postdienst mittels Flugmaschinen zwischen Kapstadt und Muizenberg in der Kapkolonie ist, wie der „Deutschen Korrespondenz" gemeldet wird, jetzt in Permanenz erklärt worden. Die Abfertigung und Uebermittlung von Briefsendungen, sowie von Eilpaketen mit dem Flugapparat zwischen den beiden Orten hat sich gut bewährt. Es ist bis jetzt noch nicht vorgekommen, daß das „Postflugzeug" wegen ungünstigen Wetters seinen Dienst einstellen mußte. Demnächst sollen auch auf anderen Strecken Aeroplanpostverbindungen geschaffen werden. Die Kapkolonie ist für die Verwendung von Flugapparaten sehr günstig, da die starken Winde vom Meere durch die hohen Küstengebirge abgehalten werden.

„Was soll ich von Ihnen hören?"

„Ich will . . ., ich glaube nicht, daß ich Geistlicher werde."

Jetzt war es heraus. Silvester atmete erleichtert auf. Er sah schüchtern zu Gertraud hinüber, aber sie begegnete seinem Blicke nicht, und da ihr Kopf mit einem Tuche verhüllt war, und da es ziemlich dunkel war, konnte er nicht sehen, daß sie bis unter die Haarwurzeln errötete.

Silvester redete wieder; er war jetzt schon im Zuge.

„Sie werden nicht schlecht von mir denken?"

„Nein. Ich denke nie schlecht von Ihnen."

„Ich habe mich nicht leicht entschlossen, aber ich kann nicht dabei bleiben."

„Dann dürfen Sie auch nicht."

Sie sah ihn offen an; in ihren braunen Augen lag ein fester Ernst.

Als wollte sie ihm sagen, daß er die Kraft haben müsse, das zu einem rechten Ende zu führen, was er sich vorgesetzt hatte.

Sie sprachen nichts mehr.

Nach wenigen Schritten standen sie vor dem Hause; Schratt kam mit den Eltern nach, und Silvester verabschiedete sich von ihnen. Schüttelte auch dem Fräulein die Hand, und sah ihm nach und sah auf die Türe, welche langsam ins Schloß fiel.

(Fortsetzung folgt.)

Der Vater der Antisepsis.

Zum Tode Lord Listers.

Einer der größten Wohltäter der Menschheit ist nach einem an Mühen und Kämpfen, aber auch an Erfolgen und Ehren überreichen Leben dahingegangen. Joseph Lister war der letzte noch lebende Bahnbrecher der medizinischen Wissenschaft, der der modernen Heilkunde neue Bahnen gewiesen hat, und der in der Geschichte der Medizin für alle Zeiten neben den Größten unter den Aerzten neben Jenner, Rudolph Virchow, Robert Koch fortleben wird. Die chirurgische Kunst verdankt Lister unendlich viel, geradezu ihre Existenz; denn ihm ist es gelungen, die furchtbare Geißel der Operationssäle, das Wundfieber, die septische Entzündung des Gewebes, erfolgreich zu bekämpfen. Die heutige Generation vermag sich kaum einen Begriff von den Zuständen zu machen, die noch vor fünfzig Jahren in den Kliniken und Krankenhäusern herrschten. Kein Geringerer als Vinzenz Czerny hat einmal erzählt, daß während seiner Studienzeit in Wien, das sind heute nach kaum 50 Jahre, die Klinik auf viele Wochen geschlossen werden mußte, weil der Hospitalbrand und der Rotlauf einfach jeden einzelnen der Operierten ergriffen und deren Mehrzahl elend hinrafften. Man nahm damals in denselben Räumen, in denen operiert wurde, zeitweilig noch Leichensektionen vor; aber niemand unter den Klinikern und Operateuren kam damals auf den Gedanken, daß die Berührung mit den in Fäulnis übergehenden Leichenteilen die Ursache des bei den Operierten so oft ausbrechenden Wundfiebers sei. Wohl hatte schon Jahrzehnte früher der große Semmelweiß darauf hingewiesen; man hatte ihn aber nicht gehört oder, schlimmer, man hatte ihn ob seiner Warnungsrufe verlacht, und man hat so diesen bedeutenden Mediziner geradezu in den Wahnsinn getrieben, dem er später erlag.

Joseph Lister, der sich bereits in den sechziger Jahren, als er Professor der Chirurgie in Glasgow war, in einer Reihe bedeutsamer Vorträge mit den Ursachen der Wundeiterung befaßt hatte, war seinerseits nicht von Semmelweiß, sondern von Pasteurs Experimenten ausgegangen. Der große Franzose hatte dabei gefunden, daß die normale Wundheilung viel eher gewährleistet war, wenn die Wunde unter Luftabschluß verheilte, als wenn sie mit der freien Atmosphäre in Berührung kam. Lister arbeitete infolgedessen mit größtem Eifer daran, die Fäulniskeime der Luft zu zerstören. Er suchte Methoden, die Operationswunde keimfrei zu machen, und er nannte diese Methode die antiseptische. An die Asepsis dachte man damals noch nicht; man legte der Luftinfektion im Gegensatze zu der von Mikuliez sogenannten Kontaktinfektion ausschlaggebende Bedeutung bei. Für Lister handelte es sich vor allen Dingen darum, ein Desinfiziens zu finden, das geeignet war, die Fäulniskeime unschädlich zu machen. Er probierte als solches nacheinander Chlorozink und verschiedene Schwefelverbindungen aus, fand aber als das geeignetste Mittel schließlich die Carbolsäure. Auch das Sublimat, der Alkohol, Jodoform wurden bereits von Lister mit Erfolg zur antiseptischen Wundbehandlung benutzt.

Wie früher Semmelweiß, so hatte auch Lister aufs Schwerste mit dem Widerstande der Operateure zu kämpfen, zumal sich durch anfängliche ungünstige Nebenwirkungen der antiseptischen Mittel nicht immer gleich der ersehnte Erfolg in vollem Umfange einstellte. Aber immer wieder wies Lister darauf hin, daß die Reinhaltung der Wunden unerläßlich für deren glatte Heilung sei, und daß sowohl die Instrumente und Verbandstoffe wie die Hände des Operateurs zu diesem Zwecke steril gemacht werden müßten. Allmählich erst drangen Listers Lehren durch; aber wenn heute das Auskochen der Operationsinstrumente und die Gummihandschuhe des Operateurs zur Selbstverständlichkeit geworden sind, so ist das keinem anderen als dem rastlos seine Ideen propagierenden englischen Forscher zu verdanken. Neben dieser Tätigkeit einher ging bei Lister eine umfangreiche chirurgische Praxis, und er fand außerdem noch Zeit zur Abfassung einer ganz bedeutenden Zahl hervorragender medizinischer Werke. Von großer Bedeutung für die praktische Operationstätigkeit war u. a. die von Lister betriebene Einführung des Catgut als Ligaturmittel, eines aus dem Katzendarm hergestellten saitenartigen Nähfadens, der den Geweben nicht nur nicht schädlich wird, sondern im Laufe der Zeit völlig der Resorption im Innern des Körpers anheim fällt. Für große Operationen ist das Catgut noch heute unentbehrlich.

Joseph Lister, der 85 Jahre alt geworden ist, war am 5. April 1827 zu Upton Essex als Sohn eines Weinhändlers geboren, der sich in seinen Mußestunden selbst eifrig mit naturwissenschaftlichen Dingen zu befassen pflegte. Der alte Lister war Quäker; er sandte seinen Sohn auch auf die Quäkerschule von Twickenham; seine medizinische Ausbildung beendete der junge Lister am University Col-

Deutscher Reichstag.

(8. Sitzung vom 17. Februar. 11 Uhr.)

Die **Generaldebatte zum Etat** wird fortgesetzt.

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Gestern haben wir erleben müssen, daß hintereinander drei Bußprediger auftraten. Herr Graf Posadowsky, einer derselben, hat versucht, einigermaßen ein gerechtes Urteil sich zu bilden. Der Herr Reichskanzler und der Herr Licentiat Mumm haben sich aber bemüht, die Parteien mit Ermahnungen zu überschütten, die den Wahlkampf gut und erfolgreich überstanden haben. Es ist doch im allgemeinen üblich, solche Leute zu ermahnen, die schlecht abgeschnitten haben. Herr Mumm (Rufe rechts: Abgeordneter Mumm!) Ihre Zwischenrufe machen den Eindruck, als wollten Sie gern Obstruktion treiben. Herr Mumm macht mir den Eindruck eines Posaunenengels, der beim jüngsten Gericht auf seinem Instrument die ewige Verdammnis blasen will. (Große Heiterkeit.) Herr Mumm oder vielmehr Herr Abgeordneter Mumm (Große Heiterkeit) hat gestern versucht, einige liberale Blätter zu denunzieren. In energischer Weise verlangte er den Boykott liberaler Blätter durch die Behörde. Eine solche Denunziation wird unter allen anständigen Politikern als etwas Schäbiges bezeichnet. (Sehr richtig! links.) Man kann, um parlamentarisch zu bleiben, sagen: Ueberall im ganzen Lande ist als minder achtenswerte Persönlichkeit der Denunziant bekannt. (Große Heiterkeit.) Herr Mumm hat gestern gemeint, unser Parteifreund Severing habe eine Versammlung mit einem Choral eröffnet. Das soll eine Heuchelei sein, obwohl es doch auch gläubige Sozialdemokraten gibt. Nun ist aber die Sache gar nicht wahr. Herr Severing hat das öffentlich schon erklärt. Ueber die von Herrn Mumm hier erwähnte Versammlung, wo unsere Parteigenossen gesungen haben sollen (Heiterkeit), berichtet das Ravensberger christlich-soziale Blatt, daß ein christlich-sozialer Parteifreund in die Versammlung gekommen sei mit Gesangbuch und Bibel, und daß dieser Christlich-Soziale ein Lied angestimmt habe. Die Genossen hätten aber dazu geschwiegen und schließlich sei der Christlich-Soziale mit seinem Gesang allein geblieben. (Hört, hört! links.) Und da sagte Herr Mumm gestern, unsere Parteifreunde hätten einen Choral angestimmt. Rufe links: Das ist ja Mumpitz! Große Heiterkeit.) Wie kann der Herr Abgeordnete Mumm eine solche leichtfertige Verdächtigung mit seiner Abgeordnetenwürde vereinbaren. Ich wende mich nun zu dem zweiten Bußprediger, dem Herrn Reichskanzler, der am ersten Tag durch Abwesenheit geglänzt hat. Am zweiten Tage huschte der Herr Reichskanzler wie ein trübseliges Irrlicht durch das Haus. Am gleichen Tage hielt er eine Bußpredigt, und heute ist er wieder nicht da, obgleich er weiß, daß heute die Antwort kommen muß. Das entspricht nicht den Verpflichtungen, die ein leitender Staatsmann hat. Er hat hier anwesend zu sein und seine Politik zu vertreten. Das ist eine üble Angewohnheit, die die deutschen Reichskanzler sich angeeignet haben.

Daß der Reichstag sich das gefallen läßt, ist seiner nicht würdig.

Ein Mitglied des Hauses kann seine Ansicht über die Präsidentenwahl hier sagen, aber ein bureaukratischer Angestellter des Reichs, der nur infolge höfischer Veranlagung seinen Platz hat, wenn der sich erlaubt, den deutschen Reichstag herunterzuputzen, weil er einen ihm nicht passenden Mann in das Präsidium gewählt hat, das ist eine unerhörte Anmaßung. (Präsident **Kämpf**: Herr Abgeordneter, Sie überschreiten die Grenze des parlamentarisch Zulässigen.) Wir weisen das energisch zurück, und es sollten alle Parteien, die auf ihre Würde halten, das Gleiche tun. Daß es der Abg. Arendt lobt, wundert mich nicht bei diesem Verteidiger des Deutschtums. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat sachlich wenig vorgebracht. Die Freisinnigen werden sich selbst gegen die Angriffe verteidigen. Der Reichskanzler hat sich gestern beschwert über Kleinlichkeiten und Streitereien, und er regte sich darüber auf, daß die Freisinnigen in geschlossenem Kuvert an ihn ein Wahlflugblatt gesandt haben. Also das sind die Sorgen, die der leitende Staatsmann bei schweren Zeiten hat, daß die Freisinnigen nicht mit Pfennigen gespart haben und das Flugblatt als Druchsache gesandt haben. (Große Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat aber wohl den Dank der Freisinnigen ernten wollen und ihnen sagen wollen, wie schlecht sie an ihm gehandelt haben, daß sie für einen Sozialdemokraten bei der Präsidentenwahl gestimmt haben. Auch die Nationalliberalen haben ja ihren Teil bekommen. Er hat den Nationalliberalen mit Ungnade gedroht und wir werden ja sehen, wie das wirkt. Die Hoffnung auf die Nationalliberalen braucht man trotz aller Drohungen noch nicht aufzugeben, denn man soll niemals bei einem Abgeordneten an der Konsequenz und Standhaftigkeit von vornherein verzweifeln, welcher Partei er auch angehört. Im deutschen Volke ist eine Strömung nach links vorhanden. Wir haben eine Million Stimmen gewonnen und die Freisinnigen 320 000 Stimmen und alle anderen Parteien sind stehen geblieben oder haben verloren. Da zeigt sich doch der Wille des Volkes aufs deutlichste.

Aber der Reichskanzler weiß nichts davon.

Wir und die Nationalliberalen haben die Konsequenzen daraus gezogen, aber der Reichskanzler fragt, was hat sich denn in der Zwischenzeit seit 1907 ereignet? Der Herr Reichskanzler scheint Vogel Straußpolitik getrieben zu haben. Weiß der Reichskanzler nichts von der Reichsfinanzreform und von den Novembertagen 1908? Aus unseren Anträgen in der Verfassungskommission ist nichts geworden, weil das Zentrum Obstruktion getrieben hat. Wir werden aber nicht Ruhe geben, bis die Forderungen des deutschen Volkes nach dem parlamentarischen Regierungssystem durchgesetzt sind. Den Verdacht, daß die Sozialdemokratie sich zu einer bürgerlichen Partei rückwärts revidieren werde, weisen alle meine Parteigenossen mit Entrüstung zurück. Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen haben damit nichts zu tun. Sie bestehen vielleicht nur nicht in einer Partei dieses Hauses, in der des Grafen Posadowsky. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler will über den Parteien stehen, aber die Tatsachen lehren, daß er etwas anderes als eine unparteiische Regierung will. Bei den Wahlen hat die Regierung die Konservativen unterstützt. Den Grundsatz: „Keine Ausgaben ohne Deckung" erkennen wir an, aber zur staatsmännischen Gesinnung eines Ministers gehört auch die Einsicht in die Reformbedürftigkeit bestehender Steuern. Der Standpunkt des Grafen Posadowsky gegenüber Militärfragen müßte dazu führen, daß weder der Schatzsekretär noch der Reichskanzler gegen die Forderungen der Heeresverwaltung Widerspruch erheben dürften. Wie denkt er denn über England und Frankreich, wo man Zivilisten zu Kriegsministern und Marineministern macht? Wir verlangen eine Gesundung der Finanzen vor allem durch

erhebliche Einschränkung der Ausgaben für Heer und Marine.

Wir verlangen auch, daß mit der Beseitigung der indirekten Steuern und Zölle ein Anfang gemacht und diese Steuern durch quotisierende direkte Steuern ersetzt werden. Für unsere Volkswirtschaft ist die lückenlose Abschaffung des Schutzzollsystems unbedingt nötig.

In der auswärtigen Politik verlangen wir ein anderes System, das ohne Drohungen arbeitet und im Frieden auszukommen versucht. Wir bekämpfen im Gegensatz auch zu den Liberalen die imperialistische Politik, wie sie in China und Marokko getrieben wird. Nötig ist, daß der Staatssekretär des Auswärtigen hier Auskunft gibt über seine Beziehungen zu den Alldeutschen. Zeugeneidlich ist jüngst vor Gericht über die deutschen Absichten in Bezug auf Marokko das Gegenteil von dem gesagt worden, was der Staatssekretär in der Budgetkommission erklärte. Ich fordere die Vertreter der Regierung auf, hier klipp und klar zu erklären, ob dort ein Meineid geschworen ist. Es liegen jedenfalls Beweise vor, daß damals die phantastische Alldeutschenbewegung dem Reichskanzler willkommen gewesen ist. Entweder ist jene vom Reichskanzler gerühmte patriotische Bewegung vollkommen sinnlos gewesen oder sie ist durch verbrecherische Absichten der Regierung hervorgerufen worden. (Der **Präsident** rügt den Ausdruck.) Diese patriotische Bewegung hat aber niemand so treffend gekennzeichnet als der Reichskanzler in seiner Rede gegen Herrn v. Heydebrand, wo er vom Mißbrauch des Patriotismus zu Parteizwecken sprach. Damit hat er auch die Verwendung des Patriotismus zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dauernd unmöglich gemacht. Der Imperialismus und der Kapitalismus korrumpieren die politische Moral. Wie könnte sonst heute die englische Regierung, die seinerzeit so kräftige Worte gegen die Herrschaft der Bourbonen in Neapel gefunden hat, den Zaren und seine Schergen in der Vergewaltigung Persiens unterstützen! Und derselben russischen Regierung, die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung bildet und Meuchelmord gegen den Bulgarenkönig anzettelt, führen die jüdischen Finanzleute das Geld zu, um ihr Volk zu unterdrücken. Es muß energisch protestiert werden gegen die

empörende Unterdrückung des russischen Volkes.

Der Statssekretär Dr. Solf hat früher über die Behandlung der Eingeborenen schöne Worte gesprochen. Jetzt hat derselbe Staatssekretär die Ehe zwischen Weißen und Samoanern verboten. Die Samoanerinnen werden durch solches Vorgehen geradezu zu einer Prostituiertenherde gemacht, denn den Naturtrieb können Sie nicht ausrotten, auch wenn Sie mit Polizeiknüppeln dazwischen hauen. (Heiterkeit.) Genau dasselbe hat Herr v. Schuckmann vorher getan. Er hat sich als Schrittmacher der Prostitution hergegeben, derselbe Mann, der seinerzeit eine Rede hielt als konservativer Abgeordneter gegen das Sündenbabel Berlin. Da sollten Sie im Zentrum mit Herrn Roeren an der Spitze Front machen. Wenn Sie das nicht tun, dann bitte ich mir aus, daß Sie sich nicht hierhinstellen und den Mund auftun und sich mit Ihrer Sittlichkeit brüsten. Herr Westarp hat gestern wieder nichts gekonnt als neue Ausnahmegesetze zu verlangen. Er ist also auf zwei alten Polizeikleppern dahergeritten. Daß die Arbeiter streiken, hat ihnen Herr Graf Westarp verdacht und dabei streiken und boykottieren auch die Anhänger der bürgerlichen Parteien. Welcher Torrorismus wird von den Behörden ausgeübt und wie verstehen sich die Konservativen auf den Terrorismus und den Boykott. Fragen Sie nur Herrn Kreth, was er als Direktor der Spirituszentrale getrieben hat. Wir werden jedenfalls alles tun, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sichern. Der Reichskanzler hat ja gestern nicht klar zu erkennen gegeben, wie er dazu steht. Das ist ja überhaupt so seine Art. Er spricht um die Sache herum und so hat er denn gestern auch seinen Angriff auf das

Reichstagswahlrecht

recht versteckt ausgesprochen. Gesetzwidrig ist die heutige Wahlkreiseinteilung. Mein Parteifreund Zubeil und ich haben mehr Stimmen bekommen als zehn Abgeordnete der Konservativen. Das ist ein Skandal, das ist auch verfassungswidrig und da der Herr Reichskanzler hier nicht Wandel schafft, so begeht er einen Verfassungsbruch. (Präsident **Kämpf**: Sie dürfen einem Reichskanzler im deutschen Parlament nicht vorwerfen, er begehe einen Verfassungsbruch. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.) Ich weiß nicht, ob es sich lohnt, noch lange über den Reichskanzler zu sprechen, vielleicht werden wir ihn gar nicht mehr lange haben; ich habe so eine Ahnung. (Zuruf: Ahnungsvoller Engel!) Ich weiß nicht, auf welche Partei der Herr Reichskanzler sich noch stützen will. Nun will man von allen Seiten die Sozialdemokraten vernichten. Herr Graf Posadowsky versucht es auf ethische Weise. Ich bin gern bereit, mit dem Herrn Grafen einmal darüber eine Diskussion zu veranstalten. Ich konzediere ihm zwei Stunden und ich will nur eine Stunde sprechen. (Große Heiterkeit, die sich darauf bezieht, daß der Abgeordnete Ledebour über 2½ Stunden spricht.) Aber in ihren Wahlversammlungen haben Sie, Herr Graf, keine freie Diskussion gewährt, höchstens zehn Minuten. (Graf **Posadowsky** ruft: Dafür ist mein Versammlungsleiter verantwortlich.) Wenn ich als Redner aufträte und es würde mir ein Wahlleiter das bieten, dann würde ich Widerspruch dagegen erheben. (**Posadowsky** ruft: Stimmt! Ich bin eben kein Sozialdemokrat.) Ja das zeigt eben den Unterschied der politischen Moral.) Lachen im Zentrum. Präsident **Kämpf** bittet den Redner, keine Zwiegespräche zu führen.) Die deutsche Sozialdemokratie ist ein

notwendiges Produkt unserer Entwicklung,

nicht etwa ein Produkt einer Hetzarbeit, auch nicht etwa das Produkt der Fehler der Regierung und der bürgerlichen Gesellschaft. Wir werden durch die Regierung zwar gefördert, aber die treibende Kraft ist die kapitalistische Entwicklung, die die Massen proletarisiert. Die Sozialdemokratie läßt sich nicht aufhalten, sie wird weiter wachsen. Bei der deutschen Sozialdemokratie und bei der internationalen Sozialdemokratie, da ruht die Zukunft und die Zukunft ist bei uns. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Ironische Bravorufe im Zentrum und rechts.)

Präsident **Kämpf**: Der Abgeordnete Ledebour hat, wie das Stenogramm beweist, nicht nur in hypothetischer Weise, wie ich es zunächst geglaubt habe, sondern direkt der Regierung in der Marokkofrage verbrecherische Umtriebe vorgeworfen. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Abg. **Ledebour**: Herr Präsident! Ich habe nur gesagt, entweder . . . . . .

Präsident **Kämpf**: Sie können ja Beschwerde einlegen, dann wird es sich herausstellen. (Die Rede Ledebours hat 2¾ Stunden gedauert.)

Staatssekretär des Auswärtigen **von Kiderlen-Wächter**: Die Angriffe, die der Vorredner gegen die Regierung unseres großen Nachbarreiches, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben, gerichtet hat und die hier in diesem Hause wohl noch nicht gehört worden sind, weise ich auf das allerenergischste zurück. (Beifall.) Der Staatssekretär geht dann auf die Entwicklungsgeschichte der Marokko-Angelegenheit ein, gibt eine eingehende Darstellung seiner verschiedenen Rücksprachen. u. a. mit dem Präsidenten des Alldeutschen Vereins, Claß. Es war uns erwünscht, daß wegen der chauvinistischen Stimmung in der französischen Presse, man drüben sehe, daß auch bei uns patriotische Stimmung ist und da habe ich zu Claß auf seine Anfrage gesagt, was er in der alldeutschen Versammlung, in der er sprechen wollte, sagen sollte. (Aha, bei den Sozialdem.) Der Staatssekretär äußert zum Schluß sein Bedauern, daß er und die anderen beteiligten Herren in der Gerichtsverhandlung nicht vernommen worden seien.

Abg. **Gröber** (Zentrum): Der Reichskanzler lehnt die Reichskanzler-Verantwortlichkeit ab. Ja, was bedeutet denn die staatsrechtliche Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die doch rechtlich besteht. Auch wir wollen die Ansetzung der Stichwahlen an einem Tage.

Mit der Wahlkreis-Einteilung wollen die Liberalen nun ihre Parteigeschäfte machen. Die Geschäftsordnung muß einer allgemeinen Revision unterzogen werden. Nach den Blockwahlen haben die Liberalen nicht daran gedacht, die Präsidentenposten nach der Fraktionsstärke zu verteilen. Sie tun so, als wenn Sie die Führenden sind, wenn Sie auch noch so sehr von anderen geführt und geschoben werden. (Beifall rechts und im Zentrum.) Ein neuer Kurs kann, wenn Sie ihn verlangen, nur ein sozialdemokratischer sein, denn eine liberale Mehrheit gibt es nicht. Ist der Ueberschuß von 1911 wirklich so enorm, wie ihn der Schatzsekretär darstellt. Warum ist dann eine Belastung mit neuen Steuern nötig? Das werden wir uns sehr überlegen. Unverständlich ist die Haltung des Reichskanzlers, der die bürgerlichen Parteien einigen will und den Krisapfel der Erbanfallsteuer hineinwirft. Der Redner fordert besondere Fürsorge für den sogenannten Mittelstand und verlangt die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts Dr. Solf gibt Auskunft über einen Erlaß hinsichtlich der Mischlings-Ehen in Samoa. Darnach sind Ehen zwischen Weißen und Schwarzen von jetzt ab verboten. Die Eingeborenen werden diesen Erlaß mit Freuden begrüßen, weil in Samoa die Zahl der Frauen geringer ist als die der Männer.

Staatssekretär **Wermuth**: Die Wiedergesundung unserer Finanzen muß schnell und nachdrücklich sein. Nun paßt eine der in Betracht kommenden Steuern dem Zentrum nicht, die Erbschaftssteuer. Aber ohne diese werden wir niemals die Sanierungsarbeit ins Werk setzen.

Das Haus vertagt sich. Weiterberatung Montag 2 Uhr. Schluß ¼5 Uhr.

---

lege zu London. 1852 promovierte er zum Bachelor of med. und wurde dann Assistent. Von London ging er 1854 als Assistent nach Edinburg zu dem berühmten Chirurgen Syme, der später sein Schwiegervater wurde. 1860 wurde er als Professor der Chirurgie nach Glasgow berufen; neun Jahre später wurde er in gleicher Eigenschaft in Edinburg der Nachfolger seines Schwiegervaters. Im Jahre 1877 erhielt Lister einen Ruf nach London an das Kings College, und von dieser Stätte seiner Tätigkeit aus verbreitete sich sein Ruf über die ganze Kulturwelt. Im Jahre 1892 setzte sich der große Forscher zur Ruhe, und er genoß die Befriedigung eines noch 20 Jahre umfassenden Lebensabends, während dessen sich immer neue Ehren und Auszeichnungen auf seine Person häuften. Schon 1883 hatte in die Königin Viktoria zum Baronet ernannt, und 1897 wurde er in den Pearsstand erhoben. Seit 1896 war Lord Lister Präsident der Royal Society zu London; er war außerdem Ehrendoktor der medizinischen Fakultäten von Edinburg, Glasgow, Dublin, Cambridge, Oxford, Würzburg, Toronto, Bologna und Budapest. Zum letzten Male war Lord Lister im Jahre 1907 gelegentlich seines 80. Geburtstages Gegenstand großer Ehrungen in der ganzen Welt.

Theater und Musik.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

In Karlsruhe:

Montag, 19. Febr. 20. Vorst. auß. Ab. Einmaliges Gastspiel des Elsässischen Theaters in Straßburg. Zum erstenmal: **„D'r verbotte Fahne"**, elsässische Komödie in 3 Akten von Gustav Stoßkopf. Anf. ½8 Uhr.

Dienstag, 20. Febr., vorm. 11 Uhr: **„Max und Moritz"**, ein Bubenstück in 6 Streichen nach der bekannten Bubengeschichte von Busch. — **„Die Puppenfee"**, Balletdivertissement von Haßreiter und Gaul, Musik von Bayer.

Abends 7 Uhr: A 41. **„Robert und Bertram"**, Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Räder. Anf. 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, 22. Febr. B. 40. **„Die verschenkte Frau"**, komische Oper in 3 Akten von Eugen d'Albert. Anfang ½8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Badische Politik.

Ein gefälschter Brief als Agitationsmittel des Zentrums.

Wie die Zeitschrift „Handels- und Gewerbeschutz" berichtet, hat der Zentrumsabgeordnete Erzberger am 18. Januar d. J. in einer Versammlung zu Villingen folgenden angeblich von der Warenhausfirma Oskar Tietz in Berlin an ihre Warenhausfreunde versandten Brief bekanntgegeben:

„Werte Geschäftsfreunde! In diesem Jahre müßt Ihr tief und tiefer in die Tasche greifen, denn wenn es uns jetzt nicht gelingt, durch den Hansabund den Weg für den Freihandel und damit auch den Weg für unsere Warenhäuser freizumachen, dann ist es überhaupt aus, und dann können wir nicht mehr vorankommen, dann wird eine Konservativen- und Zentrumsmehrheit kommen, welche den Mittelstand, den selbständigen, schützt gegen die gewaltige

Ausdehnung unserer Warenhäuser, die von Jahr zu Jahr mehr um sich greift."

Dieser Brief wurde noch vor der Stichwahl in der Zentrumspresse verbreitet und sein Inhalt hat denn auch bei vielen Kaufleuten und Handwerkern den beabsichtigten Eindruck erzielt. Auf eine Anfrage des Badischen Landesverbandes des Hansabundes ist ihm jetzt aus Berlin der folgende telegraphische Bescheid zugegangen:

„Der Brief ist gefälscht. Tietz beabsichtigt, gegen den unbekannten Fälscher wegen Urkundenfälschung vorzugehen."

Was sagt der Zentrumsabgeordnete Erzberger dazu? Und was seine Freunde im Schwarzwald- und Seekreis, deren Presse sich nicht genug über die angeblichen Wahllügen der Linken entrüsten konnten?

Die Staatsaufsicht über die Neben- und Kleinbahnen. Mit Wirkung vom 1. April 1912 hat das Finanzministerium die unmittelbare Ausübung der Staatsaufsicht über die nicht vom Staate selbst betriebenen Neben- und Kleinbahnen, soweit sie nach den gesetzlichen und konzessionsmäßigen Bestimmungen ihm oder den von ihm bestellten Organen zusteht, der Generaldirektion der Staatseisenbahnen unter der Oberaufsicht des Ministeriums übertragen, während sie bisher von dem Ministerium selbst wahrgenommen worden ist. Ausgenommen sind nur nachstehende Angelegenheiten, für die auch künftig die Genehmigung des Ministeriums vorbehalten ist: a) Festsetzung der Bahnlinien, Bestimmung der Zahl, Lage und Abfertigungsbefugnisse der Stationen und Haltepunkte; b) Feststellung des Anlagekapitals; c) Aufstellung der Ordnungen für die Bildung von Erneuerungs- und Reserbefonds; d) Erkennung von Ordnungsstrafen gegen die Bahnunternehmer; e) Veräußerung, Verpfändung oder sonstige Belastung der Bahnanlagen sowie Ueberlassung des Betriebs an Dritte. Für die Angelegenheiten der Aufsicht über die Neben- und Kleinbahnen ist als ständiger Stellvertreter des Generaldirektors, soweit dieser die Mitwirkung sich nicht selbst vorbehält, der Vorstand der Bauabteilung der Generaldirektion bestellt worden. Die Prüfung der Fahrzeuge, der Lokomotivführer usw. erfolgt künftig, soweit im einzelnen Falle nicht etwas anderes angeordnet wird, durch die Maschineninspektionen. Die unmittelbare Beaufsichtigung des Betriebs ist Aufgabe der Betriebsinspektionen. Mit der Vornahme außerordentlicher Untersuchungen können Mitglieder oder Oberbeamte der Generaldirektion beauftragt werden. Infolge der Neuordnung wird nach der „Z. d. V. D. Eis.-Verw." die Generaldirektion Aufsichtsbehörde für alle badischen Nebenbahnen und für diejenigen mit Dampf oder Elektrizität betriebenen Kleinbahnen (einschließlich Straßenbahnen), welche mit anderen Bahnen im Zusammenhang stehen oder den örtlichen Verkehr von mehr als einem Gemeindebezirk vermitteln. Die übrigen Straßenbahnen unterstehen kraft Gesetzes dem Ministerium des Innern.

Die badische Gesandschaft in München. Die Parteien der Linken haben in der Budgetkommission der Zweiten Kammer, wie mitgeteilt, die Ausgaben für die Gesandschaft in München gestrichen, und es wird sich nun fragen, ob die Regierung im Plenum die Bewilligung noch durchsetzt. Unsere Zentrumspresse hat in ihrer kindischen Hetzsucht gegen die Linke den Kommissionsbeschluß sofort zu der einfältigen Unterstellung benützt, er entspringe dem Bestreben des badischen Großblocks, der neubefestigten Zentrumsregierung Bayerns den Krieg zu erklären. Nun schreibt selbst der mehr konservativ als nationalliberale Karlsruher Mitarbeiter des „Schwäbischen Merkur", der bekannte Dr. Ammon, zu der Angelegenheit (in Nr. 75 genannten Blattes vom 15. ds. Mts.):

„In der ersten Zeit, d. h. seit 1894, bekleidete den Gesandtenposten Frhr. Ferd. v. Bodman, der kein Gehalt beanspruchte; die sachlichen Ausgaben wurden von Großherzog Friedrich I. bestritten. Später erfolgte die Uebernahme des Postens auf den Staat. Gegenwärtig ist Frhr. v. Reck Gesandter. Aber im Landtag war man von der Notwendigkeit einer Gesandtschaft in München nie recht überzeugt und wollte sie schon früher aus dem Budget beseitigen."

Das ist doch ein — zum mindesten halbes! — Zugeständnis der absoluten Ueberflüssigkeit des Münchener Gesandtenpostens, der vor 1870 Sinn gehabt haben mochte, seit der Reichsgründung aber jeder Existenzberechtigung entbehrt.

Aus der Partei.

In die Freiheit zurückgekehrt ist am Donnerstag der Redakteur Genosse Wesemeier vom Braunschweiger „Volksfreund". Wesemeier hatte sich im Wahlrechtskampf eine Strafe zugezogen. Wegen Minister-, Landtags- und Polizeibehandlung hat er insgesamt 15 Monate im Gefängnis zubringen müssen.

Kommunalpolitik.

Mannheim, 15. Febr. Aus dem Stadtrat. Professor Bruno Schmitz, der Erbauer des Rosengartens, legte dem Stadtrat ein Erweiterungsprojekt für den Rosengarten vor, das er im Auftrage des Stadtrats angefertigt hat. Das Projekt soll die Schaffung ausreichender Räume für die Kasse und Verwaltung, die Gewinnung neuer Räume für das Tagesrestaurant und vor allem eine Vergrößerung der Garderoberäume bezwecken. Der Stadtrat beschloß, das Projekt zur technischen und finanziellen Prüfung an die Rosengarten-Kommission zu überweisen. — Der Privatmann Johannes Rapp hat der Stadtgemeinde für Arme und Hilfsbedürftige testamentarisch den Betrag von 5000 Mk. vermacht. — Der Stadtrat erklärte sich mit dem von der Gartenvorstadtgenossenschaft vorgelegten Bebauungsplan des Erbbaugeländes der Gartenvorstadtgenossenschaft im Käferthager Wald einverstanden und beschloß, beim Bezirksamt die Feststellung der Bau- und Straßenfluchten zu beantragen. — Auf Antrag des Stadtrats Karlsruhe erklärte sich der Stadtrat bereit, die auf die Verbilligung der Frachten für den Milchbezug aus größeren Entfernungen gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. — Nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern wird die Verstärkung der Schutzmannschaft ab 1. Januar 1912 um 24 Mann genehmigt. — Der Stadtrat erklärt sich auf Anregung des Gemeinderats von Sandhofen grundsätzlich bereit, die Verhandlungen über die Einverleibung der Gemeinde Sandhofen zu Mannheim aufzunehmen. Der Stadtrat beschloß ferner, die Wasserversorgung der Gemeinde Sandhofen zu übernehmen ohne Rücksicht darauf, ob die Einverleibungsverhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen oder nicht. Es soll mit Sandhofen in Unterhandlung getreten werden, in welcher Form die Wasserzuführung erfolgen soll. — Zur Vornahme von Versuchsbohrungen auf der Friesenheimer Insel wird ein Kredit von 5000 Mk. beim Bürgerausschuß eingefordert, ebenso ein Betrag von 42 180 Mk. zur Erstellung weiterer Arbeiterwohnungen (eine Dreihäusergruppe und eine Zweihäusergruppe) beim Wasserwerk im Käfertaler Wald.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnkämpfe der Tapezierer im Jahre 1911. Ein rechtes Kampfjahr mit einer Anzahl stattlicher Erfolge hat der Verband der Tapezierer hinter sich. In 89 Orten wurden 95 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 1049 Betriebe mit 5003 männlichen und 73 weiblichen Beschäftigten erstreckten. Von diesen Bewegungen waren 40 Angriffsstreiks, 7 Aussperrungen, 16 Abwehrstreiks und 32 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung. An den Angriffsstreiks waren in 590 Betrieben 2331 männliche und 70 weibliche Personen beteiligt. In 116 Betrieben mit 513 Arbeitern kam es zu Bewilligungen ohne Arbeitseinstellung; die Arbeit stellten ein 1679 Arbeiter. Es wurde errungen für 2962 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 1—6 Stunden pro Woche, insgesamt 4458 Stunden. An den erzielten Lohnerhöhungen partizipieren 4070 Arbeiter mit 1—8 Mark pro Woche, insgesamt wurden 8575 Mk. pro Woche erreicht. An den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung waren in 913 Betrieben 2539 Arbeiter beteiligt. Es erhielten 1797 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von ½ bis 6 Stunden, insgesamt 3622 Stunden pro Woche. Lohnerhöhungen erzielten 2401 Arbeiter von 1—4 Mk., insgesamt 5251 Mk. pro Woche. Daneben wuren eine ganze Anzahl sonstiger Verbesserungen erzielt, wie bessere Bezahlung von Ueberzeitarbeit, der Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit, Vergütung bei auswärtigen Arbeiten usw. In 16 Orten hatte der Verband Abwehrstreiks zu führen, durch die die von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 12 Fällen mit Erfolg abgewehrt wurden. An den Abwehrstreiks waren 118 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen beteiligt; an den 7 Aussperrungen nur 15 Arbeiter. Die Kosten für sämtliche Lohnbewegungen betrugen insgesamt 96 276 Mk.; davon entfallen auf die Hauptkasse 72 535 und auf die Lokalkassen 23 741 Mk. Der Verlust an Arbeitstagen betrug für die Beteiligten 32 278 Tage, der entgangene Arbeitsverdienst 166 817 Mk.

Im Tapezierergewerbe bestehen zurzeit 87 verschiedene Tarifverträge, die sich zum größten Teile über ganze Städte und Lohngebiete erstrecken, nur in wenigen Fällen sind mit Spezialfabriken Einzelverträge vereinbart. Diese 87 Tarifverträge regeln für ca. 11 500 Arbeiter und Arbeiterinnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im Tapezierergewerbe sind nach einer sehr genauen Statistik vom Jahre 1910, die sich auf 383 der größten Orte, wo überhaupt Tapezierer beschäftigt werden, erstreckte, 15 530 Gehilfen, 1441 Näherinnen und 4445 Lehrlinge beschäftigt. Von der Statistik erfaßt wurden 13 088 Gehilfen, 1417 Näherinnen und 2859 Lehrlinge.

Darnach betrug die Arbeitszeit im Tapezierergewerbe im Durchschnitt 54,34 Stunden. 5425 Gehilfen hatten bereits eine Arbeitszeit von 8—8¾ Stunden täglich und 3753 bis zu 9 Stunden, also insgesamt hatten 9178 Arbeiter den 9stündigen Arbeitstag bis zu 8 Stunden herunter, 2434 arbeiteten noch 9½ Stunden täglich und 2158 länger als 9½ Stunden bis zu 60; nur 158 wurden ermittelt, die noch länger als 60 Stunden pro Woche arbeiten. Auch für diese letzteren ist im Jahre 1911 wieder eine Besserung herbeigeführt, die sich zahlenmäßig erst bei der nächsten statistischen Aufnahme nachweisen läßt.

Die Tapeziererer sind sehr schwer zu organisieren, da im Gewerbe noch der Kleinbetrieb vorherrscht und die Arbeiter meist zu zwei oder drei arbeiten. Vielfach auch in Alleinbetrieben aufgesucht werden müssen. Trotzdem konnte der Verband seine Mitgliederzahl von 2000 im Jahre 1897 auf 9723 im vierten Quartal 191 steigern; damit umfaßt der Verband ca. zwei Drittel der in Betracht kommenden Organisationsfähigen.

Im Jahre 1905 führte der Verband die Arbeitslosenunterstützung ein. Insgesamt wurden in den letzten sechs Jahren für Arbeitslosen-, Kranken-, Streikunterstützung und Sterbegeld 800 000 Mk. von der Verbandskasse ausbezahlt. Diese Leistungen des Verbandes beweisen, welche Stütze der Tapezierer an seiner Berufsorganisation, an dem Verband der Tapezierer Deutschlands, findet.

Tarifvertrag im Brauergewerbe. Zwischen dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Brauerei Silbernagel in Bellheim wurde unter Mitwirkung des Kgl. Gewerberats Herrn Roesinger, ein Tarifvertrag abgeschlossen, der mit Wirkung ab 1. Februar in Kraft gesetzt wurde. Die Arbeitszeit wird in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. April um eine halbe Stunde gekürzt. Jeden dritten Sonntag erhält jeder Arbeiter volle 36 Stunden frei. Ueberstunden werden Werktags mit 25 Prozent, Sonn- und Feiertags mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Für Bierfahrer ist eine Mindestruhepause von acht Stunden festgesetzt. Bei Ausfahrten an Sonn und Feiertagen erhöht sich das Tourengeld um 150 Prozent. Die Arbeiter erhalten eine sofortige Zulage von 3 Mk. und werden dann die Monatslöhne in Wochenlöhne umgerechnet und am Donnerstag jeder Woche ausbezahlt. Am 1. Juli erfolgt jeweils die Aufrückung in die höhere Lohnklasse. Die Lohnerhöhungen betragen für 35 Arbeiter 1 Mk. bis 8 Mk. pro Woche während der Tarifdauer. Besonders die Löhne der jüngeren Brauer, Küfer, Bierfahrer und Hilfsarbeiter erfahren eine bedeutende Steigerung. Dies haben dieselben einzig und allein dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter zu verdanken. Während der Bewegung haben sich auch die christlichen Arbeiterzersplitterer eingestellt und suchten sich als Retter in der Not aufzuspielen. Der Verband mit dem langen Namen und den kurzen Finanzen hat sich bei der Brauerei Silbernagel als billiger Jakob einführen wollen. Das wahre Gesicht dieser Herrschaften hat die Brauerei Silbernagel dabei wohl zur Genüge kennen gelernt.

Soziale Rundschau.

* **Pforzheim**, 15. Febr. Sonntagsruhe. Die verstärkte soziale Kommission beantragt beim Stadtrat die Erlassung eines Ortsstatuts mit folgendem Inhalt: 1. In den Geschäften des Handelsgewerbes, mit offenen Verkaufsstellen dürfen — vorbehaltlich der auf Grund gesetzlicher Bestimmungen angeordneten Ausnahmen — Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an den Sonn- und Festtagen der Monate Mai bis einschließlich September, sowie außerdem an Neujahr, Charfreitag, Ostermontag, Buß- und Bettag und am 2. Weihnachtsfeiertag überhaupt nicht und an den übrigen Sonn- und Festtagen nur in den Stunden von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachm. beschäftigt werden. 2. Soweit nach Ziffer 1 Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt weren dürfen, ist ein Gewerbebetrieb in den Geschäften des Handelsgewerbes mit offenen Verkaufsstellen untersagt. Der Stadtrat stimmte dem Antrag zu und beschloß entsprechende Vorlage an den Bürgerausschuß. Das Ortsstatut soll, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses und der staatlichen Genehmigung, am 1. April 1912 in Kraft treten. Seine Giltigkeitsdauer soll auf 3 Jahre beschränkt werden, jedoch auch bei Ablauf dieser Frist jeweils auf 3 weitere Jahre verlängert gelten, wenn nicht vorher eine Aenderung oder Aufhebung des Ortsstatuts beschlossen worden ist. Wegen Erlassung von Ausnahmebestimmungen von dem Ortsstatut soll nach weiterer kommissarischer Beratung noch Antrag an das Bezirksamt gestellt werden und zwar: 1. Allgemein für 3 Sonntage vor Weihnachten: an diesen sollen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen von 11 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends beschäftigt werden dürfen. 2. für folgende Bedürfnisgewerbe: Bäckereien, Konditoreien, Metzger- und Wurstlereien, Kunst- und Handelsgärtnereien, Handlungen mit Wild, Geflügel und Fischen.

* **Pforzheim**, 16. Febr. Die Förderklassen in den Volksschulen. Eine der ersten Stelle, welche an der Volksschule für die Repetenten sogen. Förderklassen eingerichtet, war die Stadt Pforzheim. Diese Förderklassen bestehen hier jetzt seit 4 Jahren. Das Urteil über diese Einrichtung steht allerdings noch nicht fest. Die Zahl der Förderklassen ist hier größer geworden als man bei der Annahme des Förderklassensystems voraussah. Bei nahezu 300 Volksschulklassen bestehen bereits 24 solcher Förderklassen, nachdem das System erst stark zur Hälfte ausgebaut ist. Bei weiterem Ausbau berechnet man, daß man hier in etwa 3 Jahren 42 Förderklassen haben würde. Bevor nun diese Neueinrichtung weiter ausgebaut wird, will die Stadtverwaltung erfahren, wie sich die hiesige Lehrerschaft aufgrund ihrer Erfahrungen jetzt zu den Förderklassen stellt. Es fand aus diesem Grunde eine Versammlung der Lehrerschaft statt, in welcher die Ansichten für und gegen die Förderklassen zum Ausdruck kommen konnten. Es wurde in dieser Versammlung festgestellt, daß diejenigen Repetenten, welche durch die Förderung, welche sie in den Förderklassen erfahren haben, ihrer ehemaligen Mitschüler wieder nachgekommen sind, sich mit wenigen Ausnahmen bewährt haben. Die Hauptklassen hätten durch die Förderklassen einen Vorteil insofern, als ihnen wenigstens die hemmendsten Elemente entzogen würden. Im Hinblick auf die günstigen Erfolge für die Repententen bei dem Nebengewinn der Hauptklassen stimmten die sehr zahlreich anwesenden Lehrkräfte der Volksschule mit allen gegen 3 Stimmen für die Beibehaltung von Förderklassen unter der Voraussetzung, daß ihr Bestehen in keiner Hinsicht den Unterricht der Hauptklassen beeinflusse.

Beachtenswert sind aber auch die Ansichten der Gegner der Lehrerschaft. Sie verlangen einen Lehrplan, welcher hauptsächlich in den unteren Schuljahren dem Kinde gerecht wird. Man solle kleinere Klassenverbände schaffen, dann dürfte das Verlangen nach Förderklassen von selbst verschwinden.

* **Mannheim**, 16. Febr. In seiner nächsten Sitzung wird der Bürgerausschuß sich mit der Errichtung einer Milchzentrale zu befassen haben. Das Bedürfnis, sobald als möglich eine gute und besonders reine Milch zu erhalten, die zugleich von den minderbemittelten Kreisen als Kindermilch verwendet werden kann, ist so dringend geworden, daß es zweckmäßig erschien, gewissermaßen als Vorläufer der großen Anstalt des Frauenvereins eine kleinere, mehr provisorischen Charakters tragende Milchzentrale alsbald einzurichten. Die Uebernahme des Betriebs in rein städtische Verwaltung hielt der Stadtrat nicht für zweckmäßig, weil es sich um ein nach kaufmännischen Grundsätzen zu führendes Kleinverkaufsgeschäft handelt, es wurde deshalb die genossenschaftliche Form gewählt. Da die Stadtgemeinde das größte Interesse an dem Unternehmen hat, so genehmigte der Stadtrat, daß aus Mitteln des Erneuerungsfonds des Schlacht- und Viehhofs vorerst 50 Geschäftsanteile à 100 Mark = 5000 Mk. gezeichnet und einbezahlt werden. Selbstverständlich hat sich die Stadtgemeinde entsprechend ihrer Kapitalbeteiligung in der Verwaltung der Genossenschaft einen bestimmten Einfluß gesichert. Mit der Errichtung der Zentrale wird in erster Linie eine Verbesserung der Milch in qualitativer Beziehung angestrebt. Der Vertrieb der Milch erfolgt vorerst im Interesse der Vereinfachung und Verbilligung des Betriebs durch hygienische Milchausschankwagen ein eingebauter Kühlvorrichtung, bei denen die Milch von den Konsumenten am Wagen abgeholt werden muß. Die gewählte Art des Vertriebes ermöglicht es, daß die Milch vorläufig zum Preis von 23 Pf. pro Liter ab Wagen abgegeben werden kann. Die Milchzentrale wird den Betrieb voraussichtlich Ende Februar 1912 eröffnen.

* **Die Bevölkerungsbewegung in einzelnen badischen Städten.** In 19 größeren Städten Badens treten die Unterschiede über Eheschließung, Geburten und Todesfälle besonders deutlich hervor. So kommen in Rastatt auf 1000 Einwohner nur 19,2 Geborene, in Singen a. H. dagegen 39,1. Sterbefälle weist Heidelberg 20,5 Proz. auf, Durlach dagegen nur 12,4 Prozent. Rastatt hat die niederste Ziffer der Heiraten (4,94 auf 1000 Einwohner), während Heidelberg eine mehr als doppelt so große Ziffer (11,10 Proz.) zeigt. Aehnliche Gegensätze finden sich noch bei den unehelichen Geburten; in Heidelberg wurden z. B. 28,33 Proz., in Singen dagegen nur 3,90 Proz. sämtlicher Geborenen außerehelich geboren. Totgeboren wurden in Kehl 0,87 Proz., in Konstanz 4,57 Proz. Während in Singen der Geborenenüberschuß auf 1000 Einwohner 26,3 betrug, war derselbe in Emmendingen nur 3,9. — Von den Städten mit mehr als 20 000 Einwohner weist Heidelberg eine Geborenenziffer von 31,0, Baden von 23,2 auf; Heidelberg hat 20,5, Konstanz 13,2 Sterbefälle auf 1000 Einwohner. Entschiedene Gegensätze treten bei den unehelichen Geburten und den Heiraten hervor: In Baden wurden 7,52 der Kinder außer der Ehe geboren, in Heidelberg 28,33 Proz.; dabei wurden in Heidelberg auf 1000 Einwohner die meisten (11,10), in Baden aber nur 6,89 Ehen geschlossen. Die hauptsächlichsten Ursachen dieser Erscheinung

sind: verschiedenartige Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht (z. B. Rastatt mit seiner starken Garnison), sowie wirtschaftliche und soziale Verhältnisse; bisweilen können sie auch aus dem Orte fremden, in ihn von außen hineingetragenen Umständen hervorgehen, wie in Freiburg und Heidelberg, wo in den staatlichen Entbindungsanstalten eine große Zahl der unehelich Geborenen das Licht der Welt erblickt.

Aus dem Lande.

Offenburg.

— **Eisenbahnunfall.** Heute Morgen stieß der Güterzug 6225 mit einem Güterzuge von Basel zusammen. 6—8 Wagen sowie die Lokomotive sind schwer beschädigt. Menschen wurden nicht verletzt.

— **Ein Inseratenschwindler** hatte sich vor der Strafkammer in der Person des 34 jährigen Kaufmanns Selg von Straßburg zu verantworten. Er hatte von verschiedenen Personen Inserate und den Betrag dafür entgegengenommen, das Geld jedoch unterschlagen. Die Inserate erschienen nicht. Der Angeklagte, der zurzeit in Ludwigsburg eine Zuchthausstrafe verbüßt, wurde unter Einrechnung einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 8 Monaten zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 10 Monaten Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt.

* **Bretten,** 16. Febr. Das Landgericht in Stuttgart hat die Klage der hiesigen Sparkasse auf Schadenersatz für die Betrügereien des Schultheißen Bosch in Stockheim abgewiesen unter Verfällung in die Kosten. Das macht einen gehörigen Betrag, denn es handelt sich um die Summe von 49 122 Mk. nebst Zinsen vom 18. April 1910. Die hiesige Sparkasse kann diesen Betrag verschmerzen, dagegen werden die Umlagezahler die Wirkung dieses Verlustes verspüren, da nunmehr die Kasse weniger Ueberschüsse zu den Umlagen leisten kann.

* **Pforzheim,** 18. Febr. In der vergangenen Nacht sind im Vororte Brötzingen wieder zwei Wohnhäuser und eine Scheune abgebrannt. Das Feuer brach gegen 11 Uhr in dem Anwesen des Bäckermeisters Karl Götz aus und griff auf die dahinter liegende Scheune des Blumenwirts Hermann Bach über, in der der Landwirt Wilhelm Klittich einen größeren Heuvorrat aufbewahrt. Weiter setzte das Feuer die anstoßenden Gebäulichkeiten des Gottlob Bayer in Brand. Der Gebäudeschaden wird laut „Pforzh. Anz." auf ca. 25 000 Mk. geschätzt. Die Beteiligten sind versichert. — Bei dem Brande kam es auch zu einer schweren Ausschreitung. Der Schutzmann Stoll erhielt von dem Goldarbeiter Hermann Anselment bei Ausübung des Absperrungsdienstes hinterlistigerweise drei Messerstiche in die linke Körperseite. Die Verletzungen sind schwerer Natur, da die Lunge getroffen wurde. Der Verletzte fand Aufnahme im Krankenhaus, der Täter wurde verhaftet.

* **Weinheim,** 18. Febr. In Ihersheim wurde laut „Heidelberger Tgbl." aus dem Rhein die Leiche eines gutgekleideten Mannes im Alter von 40—50 Jahren gezogen. Der Siegelring trug die Buchstaben M. G. Man vermutet, daß es die Leiche des seit Wochen vermißten Professors Michael Glock von hier ist.

* **Friedrichsfeld,** 18. Febr. Der in den 50er Jahren stehende Landwirt August Ries, Besitzer des „Bad. Hofs", wurde von einem schweren Unglück betroffen. Auf der Fahrt nach Edingen mit seinem Fuhrwerk bemerkte er ein ihm entgegenkommendes Automobil und wollte von seinem Wagen absteigen, um seine etwas unruhigen Pferde zu halten. Ries muß aber an dem Wagen hängen geblieben sein und kam unter diesen. Mit schweren Kopfverletzungen wurde der Verunglückte von dem Automobil nach seiner Wohnung gebracht.

* **Mannheim,** 16. Febr. Den stärksten Zugsverkehr in Baden hat im Durchschnitt der letzten Jahre die Strecke Mannheim-Hockenheim aufzuweisen. Zwischen Schwetzingen und Hockenheim verkehren im Sommer ca. 126 Züge täglich. Die rentabelste Bahnlinie in Baden ist die Rheintalbahn Mannheim-Karlsruhe; ihre Rendite übersteigt 10 Prozent und hat schon 13 Prozent erreicht. Die meisten Schnell- und Eilzüge verkehren zwischen Rastatt und Baden-Oos, im Sommerkurs betrug ihre Anzahl 45, wovon 32 Schnell- und 13 Eilzüge.

* **Unterkirnach,** 18. Febr. In dem Sägewerk von August Beha brach in vorletzter Nacht Feuer aus, das mit solcher Schnelligkeit um sich griff, daß nach verhältnismäßig kurzer Zeit das Sägewerk mit allen maschinellen Einrichtungen, das anstoßende Wohnungsgebäude und große Holzvorräte eingeäschert wurden. Die Bewohner vermochten sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Der Schaden beträgt 25 000 Mk.

* **Hollerbach,** 18. Febr. In der vergangenen Nacht brannten die Scheuer, die Stallung und ein Teil des Wohnhauses des Schmiedes J. Meixner nieder.

* **Ueberlingen,** 18. Febr. Von dem gestern Abend fälligen Güterzug entgleisten zwei Wagen. Dadurch hatte der letzte Zug nach Radolfzell infolge der eingetretenen Gleissperrung eine Verspätung von 50 Minuten.

* **Konstanz,** 18. Febr. Hier wurden zwei Taglöhner wegen Sacharinschmuggels verhaftet.

Landwirtschaftliches.

Der Stand der anzeigepflichtigen Tierseuchen ist für das Jahr 1911 als ungünstig zu bezeichnen. Verschiedene Seuchen traten zwar seltener auf als in den Vorjahren; aber es herrschte das ganze Jahr über die Maul- und Klauenseuche, die gegen Ende 1910 auftrat und in diesem Jahre der Landwirtschaft unberechenbaren Schaden zugefügt hat. Von dieser Seuche wurden im Jahre 1911 in 345 Gemeinden 3813 Rindviehbestände betroffen. Es erkrankten darum 18 091 Rinder, wovon 497 umstanden, 530 freiwillig getötet wurden und 17 064 genesen sind. Außerdem erkrankten noch 2628 Schweine, 24 Schafe und 337 Ziegen an dieser Seuche. Der Milzbrand zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme, was offenbar auf die lang anhaltende Trockenheit zurückzuführen ist. Es erkrankten 136 Rinder, ein Pferd und ein Schwein gegen 166 Rinder und 4 Pferde im Jahr 1910. Auch der Rotlauf der Schweine ist gegenüber dem Vorjahr seltener aufgetreten. Es erkrankten an dieser Seuche 587 Schweine gegen 791 im Jahre 1910. Hingegen wurde die Schweineseuche in vermehrtem Umfange festgestellt; diese brach bei 834 Schweinen aus gegen 794 Schweinen im Jahre 1910. Der Rauschbrand trat im Berichtsjahre ebenfalls seltener auf als im Jahre 1910. Er wurde bei 4 Rindern gegenüber 7 Rindern im Vorjahr festgestellt. Ferner zeigt die Brustseuche und die Influenza der Pferde im Jahre 1911 eine Abnahme. Es erkrankten an diesen Seuchen nur 10 Pferde gegenüber 160 Pferden im Jahre 1910. Die übrigen Seuchen, die noch auftraten, zeigen gegenüber dem Vorjahr keinen nennenswerten Unterschied.

* **Karlsruhe,** 15. Febr. Das Ministerium des Innern bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß voraussichtlich auch im laufenden Jahre für die Anlage von Musterobstbaumpflanzungen aus staatlichen Mitteln Beihilfen unter den hierfür festgesetzten Bedingungen gewährt werden. Die Bewerbungen um solche Beihilfen sind durch Vermittlung des Bezirksamts oder der Direktion des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins bei der Landwirtschaftsschule Augustenberg bei Grötzingen einzureichen, welch letztere die eingekommenen Bewerbungen mit den entsprechenden Anträgen auf 1. Juli dem Ministerium des Innern zur weiteren Entschließung vorlegen wird.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 19. Febr.

Sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion.

Heute, Montag, Abends halb 9 Uhr, findet in der „Wacht am Rhein" eine Fraktionssitzung statt. Es wird vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Aus der Holzindustrie.

Für die Schreinerei, Glaserei, sowie für die Holzbearbeitung tritt am heutigen Montag ein neuer vierjähriger Tarifvertrag in Kraft, der an Stelle des am 17. d. M. abgelaufenen alten Vertrages vereinbart wurde. Nach langen mühevollen Verhandlungen ist es gelungen, für die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Während den Verhandlungen hatte es oft den Anschein, als müßte es zum offenen Kampfe, zum Streik, kommen. Jedoch beide Parteien waren sich bewußt, daß, wenn er zur Arbeitseinstellung kommt, es ein langes und schweres Ringen werden wird.

Nach den vertraglichen Bestimmungen beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden pro Tag, vom 15. Februar 1915 ab wird an Samstagen nur 8 Stunden gearbeitet, im ganzen pro Woche 53 Stunden. Wenn die Arbeiter dadurch auch noch recht weit von 8 Stunden entfernt sind, so ist es doch ein Tag in der Woche, an dem 8 Stunden gearbeitet wird.

Es folgen alsdann Bestimmungen über den Arbeitslohn, einer der wichtigsten Kapiteln neben der Arbeitszeitverkürzung, aus demselben ergibt sich, daß die Stundenlöhne am 19. Februar um 3 Pfg., am 15. Februar 1913 um 2 Pfg. und am 15. Februar 1914 um 1 Pfg. erhöht werden. Während der Vertragsdauer im ganzen um 6 Pfg. Die Minimallöhne steigen von 45 auf 51 Pfg. Die Arbeiter hatten bei ihren Verbesserungsvorschlägen 8 Pfg. pro Stunde Lohnzulage gefordert, was nach Lage der Verhältnisse gerechtigt erschien. Es war jedoch unmöglich, die Arbeitgeber zu veranlassen, mehr als 6 Pfennig zu bewilligen, da die Geschäftskonjunktur immer noch keine gute ist.

Im weiteren enthält der Tarifvertrag Vorschriften über Lohnzuschläge, und zwar bei Ueberstunden 15 Pf. pro Stunde mehr, Sonntags- und Nachtarbeit wird mit 30 Pf. Zuschlag pro Stunde bezahlt. Arbeiten außerhalb der Werkstätte werden pro Stunde mit 5 Pf. mehr vergütet. Außerhalb Karlsruhe werden 2,75 Mk. für ledige und 3,25 Mk. für Verheiratete pro Tag inklusive der Sonntage mehr bezahlt. Ueber die Akkordarbeit sind eine Reihe von Bestimmungen im § 19 aufgenommen, die die Verhältnisse der Akkordarbeiter zum Arbeitgeber regeln. Dadurch dürften die Unzuträglichkeiten bei der Akkordarbeit so ziemlich beseitigt sein. Voraussetzung ist allerdings, daß sich die Holzarbeiter von Anfang an streng an die Vorschriften halten. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich. Kündigung findet gegenseitig nicht statt.

Zur Beilegung von Streitigkeiten, die im Gewerbe entstehen ist eine Schlichtungskommission eingesetzt, welche die Angelegenheit zu prüfen hat. Des weiteren werden die Akkorde um 10 Prozent erhöht.

Alles in allem kann man sagen, daß durch den Abschluß des Vertrages eine Besserung für die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter und Glaser zu erwarten ist. So mancher Wunsch der Arbeiter mußte noch unerfüllt bleiben. Aber es wird Aufgabe sein, den letzten Berufskollegen der Organisation zuzuführen. Große Fragen harren noch der Erledigung. Wir verweisen nur auf das Problem der Arbeitslosenversicherung, die Existenzunsicherheit der Arbeiter muß in Zukunft auch eine Besserung erfahren.

Alle diese Dinge und die ordnungsgemäße Durchführung des abgeschlossenen Tarifvertrags setzen eine gute lückenlose Organisation voraus. Kein ehrlicher Arbeiter hat daher das Recht, außerhalb unserer Berufsorganisation zu stehen.

Die Zahlstelle Karlsruhe des Fabrikarbeiterverbandes hat für das Jahr 1911 erstmals einen gedruckten Geschäftsbericht herausgegeben. An Arbeit brachte das Jahr sehr viel und auch der Erfolg blieb nicht aus, im allgemeinen ist ein beachtenswerter Fortschritt zu verzeichnen, der vielleicht nicht zuletzt auf die Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers zu buchen ist. Es darf gerade bei dieser Organisation nicht verkannt werden, daß sich der Mitgliedergewinnung ungemein große Schwierigkeiten entgegenstellen, da sie sich in der Hauptsache aus sogen. ungelernten Arbeitern zusammensetzt, welche auf das ganze Gebiet zerstreut sind. Trotzdem ging es vorwärts mit einer Mitgliederzunahme von 257, d. i. 50 Proz.

An Bewegungen, bezw. Tarifabschlüssen, sind 5 zu verzeichnen, welche mit Erfolg endeten. Ein Teil der Unternehmer versuchte, mitunter mit Erfolg, durch kleine freiwillige Lohnaufbesserungen etc. die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Wenn die Arbeiter nur ein klein Wenig denken, werden sie herausfinden, um wie viel nützlicher ihnen der Anschluß an die Organisation werden kann.

Insgesamt waren an den Lohnbewegungen 173 Arbeiter beteiligt, welche erreichten: 9516 Mk. mehr Lohn pro Jahr, 4—6 Tage Urlaub pro Person, Ueberstundenaufschlag von 25—50 Prozent und Arbeitszeitverkürzung um 2700 Stunden. Das Resultat ist mit Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse ein respektables und es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Bezirksleitung für das laufende Jahr noch besseres wird berichten können.

Der badische Schwarzwaldverein, Sektion Karlsruhe, kann am 3. Juni ds. Js. auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. In einem, in der Buchdruckerei von Malsch und Vogel, Karlsruhe, erschienenen Rückblick berichtet der Verein von all den zahlreichen Verbesserungen bezüglich Wegbildungen und Wegweisern, an denen er mitgewirkt hat. Der Verein hat sich um die Schwarzwaldkultur sowohl durch Anregungen wie durch praktische Arbeit in hohem Maße verdient gemacht, wodurch er sich den Dank Vieler erworben hat.

Verein Volksbildung. Der zweite Vortrag vom Geh. Rat Engler über die neuesten Entdeckungen auf dem Gebiete der Chemie findet am Donnerstag, 22. Febr., abends 8 Uhr in der Technischen Hochschule statt.

Der Schwimmverein Poseidon Karlsruhe hielt am Samstag den 10. Februar 1912 seine ordentliche Hauptversammlung ab. Aus den erstatteten Berichten ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Berichtsjahr, dem 11. seit Bestehen des Vereins, von 373 auf 434 angewachsen ist; die Damenabteilung allein zählt 101 Mitglieder. Das Barvermögen beträgt 605,92 Mark, der Inventarwert 3332,20 Mk. Ausgebaut wurde die Badanlage im Vorort Daxlanden, die sich immer wachsender Inanspruchnahme erfreut. Das Bad wurde in der letzten Saison von 1400 Personen benützt ohne jegliches Entgelt. Durch den Besuch von Schwimmfesten in Wien, Frankfurt, Stuttgart, Mainz, Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe konnten bei 56 Meldungen 4 Preise, darunter 2 Fürstenpreise, 1 Stadtpreis und 1 Preis des Grafen Zeppelin errungen werden. Die Vereinszeitung erfreut sich stets steigender Beliebtheit. Die Wahlen zeitigten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Herr E. Warth, 2. Vorsitzender Herr W. Kolb, Schwimmwarte Herren E. Bahnmayer und Dipl.-Ing. A. Bahnmayer, Schriftwarte Herren Rotter und Bracker, Geldwarte Herren Dieterle und Scheffler, Zeugwarte Herren Heidinger und Städter, Leiter der Damenabteilung Herr Räuber, technischer Ausschuß Herren Ruf, Bechtel und Mayer, Beisitzer Herren Ottmann und Ziegler, Schriftleiter Herr Retzbach. Der seitherige 1. Vorsitzende, Herr J. Avenmarg, lehnte eine Wiederwahl ab, um sich in der kommenden Saison wieder mehr sportlich betätigen zu können. Möge das neue Vereinsjahr die Schwimmersache in der bad. Residenz wiederum ein gut Stück vorwärts bringen und recht viele Anhänger finden lassen.

Unfall. Samstag Nachmittag stürzte an dem Neubau der Firma Junker u. Ruh, vorm. „Elektra" der Monteur Schmidt in einer Höhe von ca. 12 Meter auf den Cementasphalt. Derselbe war damit beschäftigt, die Freilichtleitung einzurichten, wobei er einen Travers zu benützen hatte. Dieser war jedoch nicht fest genug eingemauert und riß sich beim Betreten von der Wand los. Die Verletzungen des Schmidt sind so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Einbrüche. In der Nacht zum 18. d. M. wurde beim Schützenhaus eine zu den dortigen Kanalisationsarbeiten gehörige Bauhütte erbrochen, daraus ein schwerer Kassenschrank gestohlen, auf einem Karren etwa 800 Meter weggefahren, die Rückwand eingeschlagen und seines Inhalts von etwa 300 Mk. beraubt. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. — Am 17. dx. Mts. morgens zwischen 3 und 4 Uhr versuchte ein Unbekannter die Türe eines Cafes in der Gutenbergstraße zu erbrechen. Durch die Wachsamkeit und Bellen eines Hundes wurde die Inhaberin geweckt und der Einbrecher durch sie verjagt.

*

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der zweite städtische Maskenball am letzten Samstag dürfte wohl den Höhepunkt in der diesjährigen Karnevalsaison gebildet haben. Sein Verlauf war ein glänzender, in jeder Beziehung. Der Besuch war stärker wie beim ersten Maskenball, es war im Saale oft geradezu unmöglich, sich im Tanze zu drehen, so stark war das Gedränge. Auch in Masken war diesesmal eine größere und bessere Auswahl vorhanden. Eine überreiche Auslese guter und humorvoller Masken waren anwesend. Eine fliegende Schustergesellschaft mit „elektrischem Betrieb" war sogar mit einem veritablen großen vierrädrigen Wagen angefahren gekommen. Das Preisgericht hatte deshalb diesesmal schwierige Arbeit zu leisten. Namentlich was die Einzelmasken anbetrifft, so war da eine Unmenge origineller, preiswürdiger Stoff vorhanden. Das Preisgericht sah sich infolgedessen genötigt, die Herren- und Damenpreise um je 4 Preise zu erhöhen, sodaß 9 Herren- und 9 Damenpreise zur Verteilung gelangten. Die Gruppenpreise wurden zugunsten der Einzelpreise gekürzt.

Folgende Masken wurden ausgezeichnet: Gruppenpreise: 1. Preis: 80 Mk. bar: „Katzenausflug"; 2. Preis: 50 Mk. bar: „Negerhochzeit"; 3. Preis: 30 Mk. bar: „Skatklub".

Damenpreise: 1. Preis: 100 Mk. bar: „Lachende Wintersonne; 2. Preis: 60 Mk. bar: „Mode 1912 mit Torpedofrisur"; 3. Preis: 40 Mk. bar: „Pelzjägerin"; 4. Preis: 30 Mk. bar: „La Pleureuse"; 5. Preis: 25 Mk.: „Blümlis Alm"; 6. Preis: 20 Mk. bar: „Vogelschutz"; 7. Preis: 20 Mk. bar: „Italienerknabe"; 8. Preis: 15 Mk. bar: „Hebamme Storch"; 9. Preis: 10 Mk. bar: „Strohwitwe".

Herrenpreise: 1. Preis: 100 Mk. bar: „Uebermensch"; 2. Preis: 60 Mk. bar: „Wandervogel"; 3. Preis: 40 Mk. bar. „Erzvagabund"; 4. Preis: 30 Mk. bar: „St. Lukas"; 5. Preis: 20 Mk. bar: „Anno dazumal"; 6. Preis: 20 Mk. bar: „August im Aeroplan"; 7. Preis: 20 Mk. bar: „Savoyarde mit Affe"; 8. Preis: 20 Mk. bar: „Kongozipfel"; 9. Preis: 10 Mk. bar: „Nachtredakteur".

Kolosseum. Das oberbayerische Bauerntheater wird morgen zu Fastnachtdienstag abends 8 Uhr die Bauernkomödie mit Gesang und Tanz „'s Musikantendirndl" geben, wer sich dem allgemeinen Fastnachtstrubel entziehen will, sei dieses Stück angelegentlichst empfohlen, dasselbe bietet Heiteres in Fülle. Mittwoch, 21. Febr., folgt als zweite Neuheit des diesjährigen Gastspiels „Der Geigenmacher von Mittenwald", Dorfkomödie in 3 Akten von Dr. Ludwig Ganghofer. Donnerstag, 22. Febr., das allgemein beliebte Stück „Im Pfarrhaus"; diesem folgt Freitag, 23. Febr., der zweite „Thoma-Abend" mit „Medaille und 1. Klasse".

Arbeiterdiskussionsklub. Nochmals sei auf den heute Abend im großen Eintrachtssaale um halb 9 Uhr stattfindenden Lustigen Abend hingewiesen, der auch dieses Jahr gleich den entsprechenden Veranstaltungen in den vorhergegangenen Jahren echten Frohsinn im künstlerischen Rahmen darbieten wird. (Das nähere im Anzeigenteil.) — Zugleich sei bemerkt, daß am Dienstag, 20. Febr., der gewohnte Faschingsaus-

Tag nach dem Thomashof unternommen wird. Auch Nichtmitglieder können daran teilnehmen.

Fußballsport. Die Resultate der gestrigen Ligaspiele sind folgende: Phönix-Pforzheim 1:1, Kickers-Beiertheim 5:0, Mühlburg-Sportsfreunde 1:1. Mit dem Ausgang des Spiels Phönix-Pforzheim ist nun der Karlsruher F.-B. Südkreismeister. Das Spiel um den Kronprinzenpokal gewannen die Süddeutschen mit 6:5 Toren.

Die Karnevalsgesellschaft des „Beiertheimer Turnerbundes" schwingt nochmals ihr närrisches Szepter. Und zwar geht dem eigentlichen Faschingstrubel im „Löwen" ein großartiger Umzug voraus. Alles was edlen Narrensinn hat, wird von Hochdero-gnaden dem Präsidenten Hermann I. gebeten, sein gewöhnliches Philisterhirn mit närrischen Emblemen und Fahnen zu schmücken. Der Zug wird auch das Nachbarreich Bulach besuchen. Zur Teilnahme am Zug sind von Karlsruhe aus mancherlei Wagen, Gruppen etc. zu erwarten. Die größten Kapazitäten nehmen daran teil. Der närrische Präsident nimmt an, daß sich alle übrigen Vereine nach der Devise: „Allen wohl, Niemand weh", auch ohne Extra-Einladung stramm am Festzug beteiligen. Die Gruppen und Einzelmasken haben ihr Standquartier und Abgangspunkt am „Beiertheimer Hof."

Bürger-Ball in der Festhalle. Der Kartenvorverkauf ist ein recht guter. Der Ball scheint auch diesmal die alte Anziehungskraft auszuüben und seinen Vorgängern in keiner Weise nachzustehen. Er erfreut sich von Jahr zu Jahr wegen seines durchaus soliden Charakters steigender Beliebtheit. Die Grenadier-Kapelle hat ein ganz exquisites Tanzprogramm zusammengestellt, das sicherlich allen Ansprüchen genügen dürfte. Die Münchener Bierstube und das Biertunnel, woselbst sich in vorgerückter Zeit ein echt karnevalistisches Leben zu entfalten pflegt, sollen auch diesmal allen Getreuen des Prinzen Karneval bei fröhlichem Geigenspiel die Sorgen des Alltagslebens vertreiben. Für Damen und Herren ist Ballanzug oder Kostum vorgeschrieben, der Straßenanzug kann im Interesse der Erzielung eines festlichen Bildes unter keinen Umständen zugelassen werden. Kostüme sind in der Garderobe der Festhalle zu leihen. Masken werden nicht zugelassen. Alles nähere durch die Inserate und Plakatanschläge.

Neues vom Tage.

Feuersbrunst und Panik.

Bukarest, 17. Febr. Infolge eines Defekts an der elektrischen Leitung brach gestern im Kinematographen-Theater Hanulgalben während der Vorstellung Feuer aus, das rasch um sich griff und bald den ganzen Zuschauerraum in Flammen hüllte. Im Publikum entstand eine furchtbare Panik. Alles drängte nach den Ausgängen. Viele Frauen wurden ohnmächtig und niedergetreten, viele Kinder in dem Gedränge schrecklich zugerichtet. Drei Kinder sind buchstäblich zertreten worden, da jedes auf seine eigene Rettung bedacht war und alles, was in den Weg kam, niedergestoßen wurde. Eine Lehrersfrau, deren einziges Töchterchen ums Leben gekommen war, wurde wahnsinnig. Der Besitzer des Theaters hat sich nach dem Unglück erschossen.

Todesurteil.

Paris, 17. Febr. Das Schwurgericht von Nancy verurteilte den 19jährigen Emile Nutzel und den 21jährigen Adolphe Andre zum Tode. Die beiden hatten im Dezember in Nancy einen harmlosen Passanten überfallen und durch Messerstiche getötet. Als sie verhaftet werden sollten, töteten sie einen Schutzmann und verletzten einen zweiten schwer.

Bergarbeiter-Bewegung.

In Deutschland.

Essen (Ruhr), 17. Febr. Die Eingabe der drei Bergarbeiterverbände (Alter Verband, Polnische Berufsvereinigung und Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein) haben den Zechenverband um Herbeiführung einer Lohnerhöhung für die Ruhr-Bergleute angegangen. Die Eingabe unterscheidet sich in der Form sehr wesentlich von den bisherigen Eingaben. Die Verbände ersuchen den Zechen-Verband, auf die ihm angeschlossenen Zechen-Verwaltungen dahin einzuwirken, daß die Zukunftslöhne der Bergarbeiter derart erhöht werden, daß ein Ausgleich für die eingetretene Verteuerung der Lebensunterhaltung geschaffen wird.

In Belgien.

Brüssel, 17. Febr. Blättermeldungen zufolge ist zwischen der Leitung des englischen Bergarbeiterverbandes und den nordfranzösischen Bergarbeiter-Syndikaten eine Verständigung abgeschlossen worden, daß diese, falls sie sich nicht selbst in den Ausstand begeben, vom 1. April ab für den Fall eines englischen Generalstreiks die Kohlenausfuhr nach England verhindern werden.

In Frankreich.

Paris, 17. Febr. Die Führer der Bergarbeiter von Angers haben sich in einer in der vergangenen Nacht abgehaltenen Versammlung für den allgemeinen Ausstand der Grubenarbeiter ausgesprochen.

Lyon, 18. Febr. **Auf dem hier tagenden Sozialistenkongreß forderte Keir Hardie die Arbeiter aller Länder auf, mit den englischen Arbeitern in den Streik zu treten. In England würden sich in einem Monat eine Million Arbeiter im Ausstand befinden.**

In England.

London, 17. Febr. Zu dem drohenden Grubenarbeiter-Ausstand verlautet, daß augenblicklich mit den Arbeiter-Syndikaten Deutschlands, Frankreichs und Belgiens Verhandlungen im Gange sind in der Richtung, daß die dortigen Arbeiter beschließen sollen, sich mit den englischen Ausständigen solidarisch zu erklären und eventuell über die Gruben den Boykott zu verhängen, die während des Streiks Kohle nach England liefern. Nötigenfalls sollen sowohl in Frankreich und Belgien wie auch in Deutschland die Grubenarbeiterschaft durch einen allgemeinen Ausstand ihr Solidaritätsgefühl proklamieren.

London, 17. Febr. Der bevorstehende Streik von einer Million Bergleute wird alle industriellen Werke, die von Kohlen abhängig sind, zum Stillstand bringen. Sämtliche Elektrizitäts- und Transportgesellschaften sowie die großen Fabriken haben größere Kohlenvorräte angesammelt, um wenigstens für die erste Zeit während des Ausstandes gedeckt zu sein. Sollte der Ausstand länger als 10 Tage dauern, so werden sämtliche Industrien gezwungen sein, ihre Betriebe zu schließen, da dann ihre Kohlenvorräte verbraucht sein werden. Das Syndikat der Bergleute wird in der Lage sein, den Ausstand länger als sechs Wochen zu führen, da ihm genügend Streikgelder zur Verfügung stehen. Sollten während des Streiks vom Ausland Kohlen eingeführt werden, so werden sich die Transportarbeiter weigern, diese auszuladen. Die Kohlenpreise dürften dadurch jedenfalls eine beträchtliche Steigerung erfahren.

London, 17. Febr. Der Kongreß der Bergleute hat den Generalausstand beschlossen. Es handelt sich nur noch um die Festsetzung des Tages, an welchem er in Kraft treten soll. Der Kongreß wird heute Abend 10 Uhr zusammentreten, um über diesen Gegenstand zu beraten.

Letzte Nachrichten.

Zur Landtagsersatzwahl in Lahr-Land.

Auf einer am gestrigen Sontag in Dinglingen abgehaltenen Konferenz wurde für die Landtags-Ersatzwahl Lahr-Land einstimig Genosse H. Sauer aus Karlsruhe aufgestellt. Genosse Sauer hat auch schon für die Reichstagswahl in Lahr kandidiert.

Wilhelm II. und das Reichstagspräsidium.

Köln, 17. Febr. Die „Kölnische Zeitung" meldet: **„Der Kaiser hat es abgelehnt, das Reichstagspräsidium zu empfangen. Der Präsident und der zweite Vizepräsident hatten um diesen Empfang nachgesucht. Der Kaiser hat aber den Empfang dieses unvollständigen Präsidiums abgelehnt. Die Angelegenheit ist als eine persönliche Sache des Kaisers aufzufassen, was schon daraus hervorgeht, daß der Bescheid durch das Obermarschallamt ergangen ist."** (Hiernach hat also die Ablehnung anscheinend lediglich die Bedeutung, daß in dem Nachsuchen der Audienz durch das nicht vollständige Präsidium ein Verstoß gegen das Zeremoniell erblickt wird.

Aber Wilhelm II. hat bislang der Sozialdemokratie gegenüber eine derartig agressive Stellung eingenommen, daß er sich wohl nicht wundern wird, wenn dieselbe auf „Audienzen" bei ihm vorerst höflichst verzichtet. D. Red.)

Oberst Gaedke.

Berlin, 17. Febr. Wie das „Kleine Journal" mitteilt, tritt der frühere Oberst Gaedke am 1. März in den Redaktionsverband des „Kleinen Journals" und übernimmt die Leitung der Abteilung „Politik und Militaria". Gleichzeitig beteiligt er sich an den Vorarbeiten für das tägliche Erscheinen des Blattes, das am 1. Oktober beginnen soll.

Zur Lage in China.

Waihaiwei, 16. Febr. Zwischen den kaiserlichen Truppen und den Revolutionären hat auf der Shantung-Halbinsel ein heftiger Kampf stattgefunden. 150 Revolutionäre wurden getötet. Die britischen Behörden bemühen sich, eine Konferenz, zu der beide Parteien Delegierte entsenden sollen, einzuberufen, um die bestehenden Streitigkeiten beizulegen.

Rücktritt des Grafen Aehrenthal.

Wien, 17. Febr. Der Kaiser hat dem wiederholten Wunsche des Grafen Aehrental, ihn von seinem Posten zu entheben und mit Rücksicht auf die wichtigen Agenden einen Nachfolger zu ernennen, wenn auch ungern, doch stattgegeben und auf Vorschlag Aehrentals den Grafen Leopold von Berchtold zum Minister des Aeußern ernannt.

Ableben Aehrentals.

Wien, 18. Febr. Graf Aehrenthal ist gestern Abend 3/4 10 Uhr gestorben.

Ueber das Ableben des Leiters der österreichischen auswärtigen Politik schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung":

Was nach dem Verlauf der unheilbaren Krankheit unabwendbar war, ist heute eingetreten: Graf Aehrenthal ist abends um dreiviertel zehn Uhr gestorben. Graf Aehenthal ist am 27. September 1854 geboren und steht seit 1877 im diplomatischen Dienst, den er mit einer kurzen Unterbrechung, wo er Gesandter in Bukarest war, in Petersburg verbracht hatte. Zum Minister des Aeußern wurde er, nach Goluchowskis Sturz, am 24. Oktober 1906 ernannt. Die bedeutenste Tat seiner Ministerschaft ist die Annexion, der er auch die Erhebung zum Graf verdankte. Als das Fragwürdigste seiner Ministerschaft, ein unverwischbarer Flecken, erscheint die berüchtigte serbische Hochverratsaffäre, in deren letzten Schlupfwinkeln die gefälschten Dokumente steckten."

Wasserstand des Rheins.

19. Februar.

Schusterinsel 1.10 m, gef. 5 cm, **Kehl** 1.98 m, gef. 4 cm, **Maxau** 3.50 m, gef. 4 cm, **Mannheim** 2.77 m, gef. 11 cm.

Briefkasten der Redaktion.

Blankenloch. Waren für die Oeffentlichkeit nicht verständlich.

Geschäftliches.

Frische Gemüse sind jetzt nicht bloß sehr teuer, sondern auch nur schwer zu bekommen. Diesem Mangel kann die Hausfrau, wenigstens soweit sie Gemüse für die Suppenbereitung benötigt, abhelfen, indem sie zum Beispiel Maggis Gemüse-Suppe oder Maggis Reis-Julienne-Suppe kocht. 1 Würfel dieser vorzüglichen, überall beliebten Suppen kostet bekanntlich nur 10 Pf. und ist ausreichend für 2 gute Teller. Man muß nur darauf achten, daß man auch wirklich Maggis Suppen (mit der Schutzmarke Kreuzstern) erhält.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24.

Soeben erschienen: Eine **Wahlkarte des deutschen Reichstags** in 5 Farben mit Bildern von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Verzeichnis der Wahlkreise. Die Karte ist außerordentlich farbenprächtig und präsentieren sich die Bilder vorzüglich. Pro Exemplar 40 Pfg. Nach auswärts Porto beifügen. Bestellungen nehmen die Filialinhaber und Träger des „Volksfreund" entgegen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.) Fastnacht-Dienstag, nachmittags von 5 Uhr ab, im Verkehrslokal zur „Kronenhalle": **Urgemütliches Beisammensein mit Konzert, wozu die Kollegen mit Familienangehörigen freundlichst eingeladen sind.** 5644

Karlsruhe. („Lassallia".) **Morgen, Fastnacht-Dienstag, von 6 Uhr ab im Lokal zum „Auerhahn": Unterhaltung, Tanz und Bütten-Vorträge. Die Mitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen.** 5646 **Die Elf.**

Karlsruhe. (Frauensektion.) Leseabende: Mittwoch, 21. Febr., im „Auerhahn" und Donnerstag, 22. Febr., im „Hirsch" (Mühlburg). 5645

Arbeiter-Diskussionsklub

Heute Montag, den 19. Februar abends 1/2 9 Uhr im großen Eintrachtssaal

Lustiger Abend

arrangiert und geleitet von Herrn Hofschauspieler **Baumbach.** Eintrittskarten an der **Abendkasse** zu **20 Pfg.** für Arbeiter, zu **50 Pfg.** für Sonstige.

Dienstag, den 20. Februar

Ausflug nach dem Thomashof.

Treffpunkt: Endstation der Trambahn in Durlach um 2 Uhr. Auch Nichtmitglieder können teilnehmen. 5641

Der Vorstand.

„Festhalle" Durlach.

Fastnacht-Dienstag

öffentlicher Maskenball

mit **Française-Einlagen.** Gutbesetztes Orchester.

Es ladet höflichst ein 5637

W. Zipper.

Gasthaus zum „Lamm" Durlach.

Fastnacht-Dienstag von nachmittags 3 Uhr ab großer

öffentlicher Maskenball

wozu ergebenst einladet **Ende 2 Uhr.**

5639 **Kaspar Strubel. Wirt.**

Gasthaus zur „Blume" Durlach.

Fastnacht-Dienstag, großer

öffentlicher Maskenball

bei gutbesetztem Orchester.

Anfang 3 Uhr. **Ende 2 Uhr.**

Es ladet freundlichst ein 5638

Friedr. Mannherz, Metzger und Wirt.

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24,

empfiehlt:

Charles Dickens eine Auswahl seiner besten Schriften in 2 Bänden **3.00 Mk.**

Friedrich Gerstäckers Schriften in 2 Bänden mit gutem Einband **3.00 Mk.**

Kapitän Marryat's Werke 2 illustr. gr. Bände zus. **3.00 Mk.**

Berühmte Forschungsreisende im Verkehr mit wilden Völkerschaften mit 260 Abbildungen Preis **3.50 Mk.**

Walhalla

27 Angartenstraße 27

Fastnacht-Dienstag von nachmittags **4 Uhr** an

Großes Tanzvergnügen

Es ladet höfl. ein

G. Stutz.

Zu verkaufen: 2 halbfranz. Bettstellen mit Rost, Matratze und Kopfpolster, **Küchenschrank, Waschtisch,** alles sehr gut erh. wegen Aenderung. **Rankestraße 20a,** 4. St. links. 5633

Bachstraße 75

4. Stock, schöne Wohnung von **3 Zimmern,** Küche und Keller auf 1. April zu vermieten. 4877

Tauben, Malteser, Koburger Lerchen, sofort billig zu verkaufen. 5625

Lessingstr. 46, 1. St.

1 Fahrrad, 1 Kinderklappstuhl, 1 Lieg- u. Sitzwagen sind billig zu verkaufen.

Maienstr. 1a, 4. St. r.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote vom 16. Februar: **Karl Becker von Langensteinbach, Sattler hier, mit Berta Bittighofer von Nöttingen. Otto Höfele von Oetigheim, Kupferschmied hier, mit Therese Fisch von Vorholz. Gottlieb Pfitzenmaier von Oppenweiler, Bierführer hier, mit Maria Fichtner von hier. Julius Hakenjos von Brigach, Eisendreher hier, mit Anna Brase von Bockhorn.**

Eheschließungen vom 17. Februar. **Karl Budde von Wiescherhöfen, Schriftsetzer hier, mit Elisabeth Artmann von Ettlingen. Heinrich Besserer von Schluchtern, Bäcker hier, mit Emma Bopp von Abstatt. Karl Knörzer von Neunkirchen, Taglöhner hier, mit Regina Weiß von Eppingen. Friedrich Sakantzki von Peterswalde, Sergeant hier, mit Susanna Wagner von Wiesloch.**

Geburten vom 11.—14. Februar: **Mathilde, V. Gustav Pfirrmann, Kaufmann. Elisabetha Frieda Erika, V. Ludwig Wittmeier, Vizewachtmeister. Hugo Valentin, V. Georg Koch, Platzmeister. Lina Katharina, V. Heinrich Salm, Metzger. Friedrich Wilhelm, V. Reinhard Traber, Eisenbahnschaffner. Greta, Vater Markus Wieland, Kaufmann.**

Todesfälle vom 15. u. 16. Febr.: **Emil Vögtlin, Heizer, Witwer, alt 37 Jahre. Marie Gaddum, Witwe des Rechnungsrats Heinrich Gaddum, alt 59 Jahre. Rahel Woronoff, Ehefrau des Privat. Abraham Woronoff, alt 69 Jahre. Edelbert Hitscherich, Sattler, Ehemann, alt 67 Jahre. August Eglau, Material-Verwalter a. D., Ehemann, alt 78 Jahre. Ferdinand Maisch, Leichenschauer, Ehemann, alt 76 Jahre.**

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 9. bis 10. Februar 1912: **Hermann Julius V. Josef Vetter, Zigarrenmacher. — Erwin, V. Ferdinand Würth, Fabrikarbeiter. Hermann Nikolaus, V. August Lehn, Fabrikarbeiter. Mathilde Franziska Albertine, V. August Pfaff, Zinnarbeiter.**

Sterbefälle vom 9. und 13. Februar. **Ein totgeborener Knabe, V. Johann Fritz Fischer, Bäckergehilfe. Albert, Friedrich, Gottlieb Schenkel, Stadttaglöhner, Ehemann, 77 3/4 Jahre alt.**

Pfannkuch & Co

Abschlag

Frische **Marinaden** aus nur frischen Fischen hergestellt.

Bismarck-heringe
offen Stück 4 Pfg.
4 Ltr.-Dose 1.60

Rollmöpse
offen Stück 4 Pfg.
4 Ltr.-Dose 1.60

Ferner:

Bratheringe
(große Fische)
offen Stück 9 Pfg.
4 Ltr.-Dose 2.70

Russische **Sardinen**
offen 1/4 Pfd. 8 Pfg.
Pfd. 30 Pfg.
das 10 Pfd.-Fässel 1.80

Gelee-Heringe
1/4 Pfd. 10 Pfg.
Pfd. 30 Pfg.
die 4 Liter-Dose 2.—

Ferner: frische 5636
Süßbücklinge
3 Stück 20 Pfg.
scharfe holländische **Rohebücklinge**
3 Stück 20 Pfg.
Prima Holländer **Vollheringe**
Große Fische Stück 5 Pfg.
ausges. prima Milchner
3 Stück 20 Pfg.

Pfannkuch & Co G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Photogr. Meess 5584
Werderplatz 31 liefert
Costüm-Bilder
12 Visit, glänz., von M 1.80 an
Cabinet „ „ „ 4.80 „
Postkarten „ „ 2.50 „

Gebisse
alte, sowie Teile, kauft zu höchsten Preisen 4852
Frau Pflüger
Zähringerstr. Nr. 33, 3. Stock.
Von auswärts genügt Karte.

Maskenkostüme, 2 Holländerin. (feine Kopfbedeckung), 1 Schottländer Bauernmädchen, sowie Indianerin, billig zu verleihen. Kaiserstr. 17, 4 Treppen. 5583

Maskenkostüm, Tirolerin, f. schlanke Figur, billig zu verleih. od. zu verk. Luisenstr. 32, 4. St. r.

Gesang-Verein Bruderbund
Karlsruhe-Mühlburg.

Fastnacht-Dienstag, abends 7 Uhr 3 Min. beginnend, im großen Saale des „Kühlen Krug"

Närrische **Familien-Unterhaltung**
mit Lichtbilder-Vortrag (2. Serie) über:
„Intimes aus Wild-West"
vom „Schwarze Karle".
Auftreten des in Durlach neu renovierten Originalkomikers
Alles lacht! **Otto Stauch.** Alles lacht!
Zwischen hinein wird getanzt.

Hierzu laden wir unsere werten Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst ein.

Der „verrückte" Vorstand.

NB. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

5626 D. O.

Kienholz-Club-Karlsruhe.
Deutsche Eiche.
Fastnacht-Dienstag nachmittags 3 Uhr
Großes
Auf- und Niedersteigen des Clubs.

Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen und ersuchen um zahlreiche Beteiligung. Nach Schluß des Festes

Bürgerball.

5643 Der Kien-Holz-Vorstand.

Waldstraße 16/18 **Colosseum-Varieté** Telephon No. 1938
Direktion: Gust. Kiefer. 5634
Spielplan des grossen oberbayerisch. Bauerntheaters, Direktion **M. Dengg,** von Dienstag den 20. Februar bis inkl. Freitag den 23. Februar, jeweils abends 8 Uhr.
Dienstag den 20. Februar **„s'Musikantendirndl"**, Bauernkomödie mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen, von Hans Werner.
Mittwoch den 21. Februar **„Der Geigenmacher von Mittenwald".** Neuheit! Dorfkomödie in 3 Aufzügen von Dr. Ludwig Ganghofer.
Donnerstag den 22. Februar auf mehrfachen Wunsch **„Im Pfarrhaus"**, Ernstes und Heiteres aus dem Leben eines Dorfpfarrers, in 3 Abteilungen, von Hans Werner.
Freitag den 23. Februar **„Thoma-Abend"**, Medaille und I. Klasse.
Weiterer Spielplan folgt Samstag den 24. Februar 1912.
Die Colosseum-Kasse ist täglich von 11—12½ Uhr vormittags geöffnet.

Restaurant „Goldener Adler",
Spezialausschank der **Brauerei Kammerer.**
129 Jeden **Montag** und **Donnerstag**

Schlachttag
Hochachtend
Ernst Müller.

Beachtenswerte Mehlpreise

5540	5 ℔	10 ℔	25 ℔
feinstes Kuchenmehl	88	1.70	4.20
„ Konfektmehl	95	1.85	4.50
„ Phönix-Extramehl	98	1.90	4.60
feinste Brotmehle	65	1.30	3.25
feinstes Weißbrotmehl	75	1.50	3.75

Dürrobst	Pfund	30 ₰
bestes Mischobst	„	45 „
feinste Obstmelange	„	55 „
Zwetschgen	„	28 „
dickfleischige	„	35 „
entsteinte	„	50 „
Birnenschnitze	„	18 „

Fette

amerikan. Schweineschmalz		60 ₰
deutsches „		65 „
Metzgerschmalz		78 „
Pflanzenmargarine		55 „

Luger u. Filialen

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Römer-Straße, Strecke südlich der Kreisstraße, auf 52 Meter Länge betreffend.

Auf Grund des § 22 des Ortsstraßengesetzes und § 7 der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstraßengesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluß folgenden Inhalts erlassen werden:

„Die Eigentümer der an die Römer-Straße, südlich der Kreisstraße, auf 52 Meter Länge, angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu ersetzen.

Es finden die „allgemeinen Grundsätze über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstraßengesetzes" (Beschluß des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benützbar hergestellt ist.

Insoweit, als die Straße schon früher hergestellt wurde, unterbleibt der Beizug der Anstößer.

Ein Kostenvoranschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der die Größe der Grundstücke sowie das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen zu ersehen ist, eine Kopie des Straßenplanes, sowie ein Abdruck der erwähnten „Grundsätze über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten" liegen bis zum 1. März 1912 auf dem Rathause — Tiefbauamt — zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluß wären beim Ausschlußvermeiden bis zum 3. März 1912 anher geltend zu machen.

Zur Abstimmung darüber, ob die Beiträge auch hinsichtlich der unüberbauten Grundstücke sofort nach der Straßenherstellung fällig sein sollen, wird gemäß § 22 Abs. 2 des Ortsstraßengesetzes Tagfahrt anberaumt auf den **29. Februar 1912, nachmittags 5 Uhr** in den Sitzungssaal des Stadtrats, zu der die Beteiligten hiermit eingeladen werden.

Bei der Abstimmung werden Nichterscheinende und Nichtabstimmende als zustimmend gezählt. 5632

Karlsruhe, den 15. Februar 1912.

Der Stadtrat.
Dr. Paul. Burger.

Grosser Möbel-Räumungs-Verkauf
10% Rabatt 10%
Nur gediegene Qualitäten.
Holz & Weglein
Möbeletablissement 5640
109 Kaiserstrasse 109.

Soeben erschienen:
Wahlkarte des Deutschen Reichstags 1912
in 5 farben
mit Bildern von den sozialdemokratischen Abgeordneten und Verzeichnis der Wahlkreise.
Die Karte ist außerordentlich farbenprächtig und präsentieren sich die Bilder vorzüglich.
Einzelverkauf pro Exemplar 40 Pfg.
Bei größerem Bezug Rabatt.
Wir bitten hauptsächlich unsere Filialinhaber, uns jetzt schon Bestellungen hierauf umgehend zugehen zu lassen.
Buchhandlung des „Volksfreund"
Luisenstraße 24.

Pfannkuch & Co

Spanische Orangen
feinste süße Frucht aus unserm 7. und 8. direkten Waggon
mittel 3 Stück 10 ₰
Dtzd. 40 ₰
große Stück 5 ₰
Dutzend 55 ₰
extra große 3 Stück 20 ₰
Dutzend 75 ₰
5523
Aepfel
Pfd. 18 u. 20 ₰

Pfannkuch & Co G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Achtung!
Montag und Dienstag finden friedlich-fröhliche Menschen Vergnügen und Humor beim
Karnevals-Konzert
in der 5628
Stadt Straßburg
Markgrafenstraße 9/11.

Holz-Versteigerung.

Karlsruhe. Aus dem städt. Walddistrikt Rißnert (bei Rüppur) Schlag 11 werden mit Borgfrist bis 1. November versteigert **Samstag, den 24. Februar 1912, vormittags 9 Uhr, im Kronensaale in Rüppurr:** 37 Hainbuchen u. 12 Birken, III., IV. u. V. Klasse, 13 Akazien, V. u. VI. Klasse, 16 eschene und 12 Akazienwagnerstangen, 4 hainbuchene, 6 eichene und 10 eschene Nutzholzstere, 515 hainbuchene u. eichene, 28 gemischte u. 58 erlene Brennholzstere, 7300 meist harte Wellen und 3 Lose Abraum.

Vorzeigung des Holzes von ½8 Uhr an im Schlage; Abschriften der Langholzlisten liefert Herr Domänenwaldhüter Kraus in Beiertheim. 5634

Bekanntmachung.

Am Fastnachtdienstag, den 20. ds. Mts. findet nachmittags die Müllabfuhr nicht statt. In den in Betracht kommenden Straßen wird dafür das Hausmüll am Mittwoch, den 21. ds. Mts. abgeholt werden.

Karlsruhe, 16. Februar 1912.
Städtisches Tiefbauamt.

Joppenanzug, schwarz, gut erh., bill. zu verk. Lachnerst. 16, 5. St. 5635

Den besten u. gesündesten **Apfel-Most-Ersatz** bereiten Sie aus
Heinens Mostextrakt 5539
100 Ltr.-Pak. nur 2.70 Mk.
viele Anerkennungsschreiben.
Zu haben bei:
Luger
und Filialen
Durlach — Karlsruhe Pforzheim.